Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigt am 30.01.2025

Protokoll 22

Stadtratssitzung
Donnerstag, 05.12.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: https://bern.recapp.ch/shareparl/

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr....3
2023.SR.0112....4
1 Begrüssung und Mitteilungen
2015.PRD.000056....8
2 Verwaltungsgebäude Schwarztorstrasse 71: Sanierung Steildach, Erstellung Photovoltaik-Anlagen und Vorbereitung E-Mobilität; Projektierungs- und Baukredit
2024.TVS.0198....11
3 Neugestaltung Seftigenstrasse: Abschnitt Morillon bis Sandrain (SEFT 3); Projektierungskredit
2022.SR.000043....16
4 Interfraktionelles Postulat Fraktionen FDP/JF, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Simone Richner, FDP/Florence Schmid, JF/Valentina Achermann/Lena Allenspach, SP/Eva Chen, AL/Jemima Fischer, AL/Mirjam Roder, GFL/Jelena Filipovic, GB/Yasmin Abdullahi, JGLP/Judith Schenk, GLP): Endlich Lösungen für die Mattentreppen-Problematik!; Fristverlängerung
2021.SR.000037....19
5 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Geschlechtergerechte Strassennamen
2022.SR.000066....21
6 Motion Fraktion GB/JA! (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!): Jetzt ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit von Frauen sichtbar machen!
2023.SR.0104....24
7 Postulat Fraktion AL/PdA (Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA): Grüne Welle für zu Fuss Gehende
2023.SR.0190....27
8 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser): Die Mitbestimmung beim Entscheid über Begegnungszonen muss verbessert werden! Im Sinne der Stadt der Beteiligungen sei der Kreis der Mitwirkenden zu erweitern!
2024.SR.0040....29

9 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GFL (Katharina Gallizzi, GB/Lea Bill, GB/Nora Joos, AL/Michael Ruefer, GFL): Wo steht die Umsetzung der Massnahme "8m Reduktion des Angebots öffentlicher Parkplätze" der Energie- und Klimastrategie?
2024.SR.0110 33
10 Motion Niklaus Mürner (SVP), Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP): Fahrerinnen von Cargobikes schützen
Verschoben und eingereicht 36
Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr. 37

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Michael Burkard
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Muriel Graf
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Thomas Hofstetter
Matthias Humbel
Stephan Ischi
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Daniel Michel
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz
Francesca Chukwunyere
Thomas Glauser
Simone Machado
Sarah Rubin
Michelle Steinemann

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Reto Nause SUE
Michael Aebersold FPI
Franziska Teuscher BSS
Marieke Kruit TVS

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Mitglieder des Stadtrates, liebe Mitglieder des Gemeinderates, liebe Gäste auf der Tribüne, liebe Medienschaffende, liebe Anwesende, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur letzten Sitzung dieses Jahres. Die Legislatur kommt zu einem Ende. Ich bitte um ein bisschen Ruhe, denn die Sitzung hat offiziell angefangen. Wir sind jetzt an der letzten Sitzung dieser Legislatur und einige, die jetzt hier drin sind, werde ich auch nächstes Jahr wieder hier drin antreffen, weil vorletzte Woche Wahlen waren und einige wiedergewählt wurden. Herzliche Gratulation an dieser Stelle auch noch von meiner Seite. Leider ist es aber auch so, dass wir uns von einigen heute verabschieden müssen, von einigen definitiv und von einigen vielleicht auch nur vorläufig. Und leider war zu erwarten, dass es auch bei diesen Wahlen immer wieder Leute gibt, die die Wiederwahl nicht schaffen. Ich habe das letzte Mal, bei der letzten Sitzung am Ende schon etwas gesagt dazu, und zwar habe ich gesagt: „Ja, das ist die Demokratie." Es ist auch richtig so, dass die Wahlbevölkerung bestimmen kann, wer in dem Parlament sitzt. Das finden wir alle gut. Das ist aber in dem Moment, in dem es einen selbst trifft, wenig tröstlich. Und für mich ist es ganz klar, und das ist mir sehr wichtig zu sagen, dass gerade auf Parlamentsebene wir wissen, dass so eine Nichtwiederwahl in den allerwenigsten Fällen etwas damit zu tun hat, dass man sich zu wenig engagiert hat, dass man zu wenig Kompetenzen hat, dass es wegen dem nicht gereicht hat, sondern sehr oft hat das mit nationalen, mit internationalen Bewegungen zu tun, mit Listenverbindungen, mit Listenplätzen und mit Glück. Und auch wenn man das vielleicht rational verstehen mag, ist dann trotzdem eine Enttäuschung da und das ist absolut nachvollziehbar, die kann ich euch auch nicht nehmen. Was ich aber denjenigen Personen, die nicht wiedergewählt worden sind, sagen kann, ist: Danke viel, vielmals für euren riesigen Beitrag für eine lebenswerte Stadt. Der ist bei allen sehr unterschiedlich gewesen, der Beitrag, aber bei allen sehr wertvoll. Ich werde heute sehr viele Personen verabschieden und aus dem Grund kann ich auf jede Person nur sehr kurz eingehen. Es versteht sich von selbst, dass es in keiner Form widerspiegelt, was die Person je geleistet hat, sondern mir ist es trotzdem wichtig gewesen, einfach nochmals zu jeder Person, die jetzt das letzte Mal hier ist, ein paar Sätze zu sagen und ihr dürft jeweils anschliessend applaudieren für diese Person.
Ich starte mit Christoph Leuppi von der GFL. Du bist erst vor einem halben Jahr bei uns in den Stadtrat eingetreten. Du bist gerade Mitglied geworden der RWSU und du hast dich hier im Stadtrat eingesetzt für eine offene und für eine vielfältige Stadt und auch für eine ehrgeizige Klimapolitik. Als ich mich die Tage ein bisschen mit dir auseinandergesetzt habe, habe ich gesehen, dass du sehr viele Interessen hast, in der Natur sein, Sport und Musik und ich bin überzeugt, dass es dir auch in der nächsten Zeit nicht gerade langweilig wird. Vielen herzlichen Dank für deinen Einsatz hier bei uns im Stadtrat. – Applaus
Ja, die nächste Person, die ich verabschiede, ist Matthias Humbel von der GFL. Er ist 2020 schon für ein paar Monate bei uns im Stadtrat gewesen und jetzt seit Anfang 2023 wieder. Du bist stellvertretendes Mitglied der RWSU gewesen und auch Co-Präsident der GFL seit Mitte 2021. Ich habe dich besonders wahrgenommen im Rahmen der Mindestlohninitiative. Du bist als Gewerkschafter tätig und hast dich hier bei uns im Stadtrat für günstigen Wohnraum, für eine Strategie bei Unterricht an Hitzetagen und bei Massnahmen gegen Antisemitismus eingesetzt. Vielen herzlichen Dank, Matthias. – Applaus

Ja, die nächste Person, das ist Daniel "Dänu" Michel von der SVP. Du bist auch 2020 für ein paar Monate schon bei uns im Stadtrat gewesen und jetzt seit Anfang von diesem Jahr wieder. Du hast eigentlich das ganze Präsidialjahr von mir, haben wir zusammen machen können. Ich habe deine Vorstösse angeschaut. Du hast viele verschiedene Vorstösse zu verschiedenen Themen eingereicht und mir ist aufgefallen, dass du dich mehrmals mit der Frage beschäftigt hast: Was kommt alles auf den Steuerzahler zu. Du hast da deine finanzpolitische Verantwortung wahrgenommen. Weiter hast du dich eingesetzt für die Förderung und für die Erhaltung von Sportstätten, für die Beibehaltung der blauen Parkplätze und auch für die Schaffung von zusätzlichen, kostengünstigen Parkplätzen. Vielen herzlichen Dank für deine Zeit bei uns im Stadtrat. – Applaus
Die nächste Person – er hat gesagt, ich solle nichts zu ihm sagen, ich möchte es jetzt trotzdem –, ist Niklaus "Klaus" Mürner von der SVP. Auch du bist schon einmal im Stadtrat gewesen von 2019 bis 2020 und jetzt seit Mitte 2023 wieder. Du hast dich engagiert in der RWSU und in der FIKO. Auch bei dir habe ich deine Vorstösse angeschaut und ich habe gesehen, dass du - ich weiss nicht, ob ich richtig gerechnet habe – 2020 40 Vorstösse eingereicht hast. Sehr vielfältige, besonders kleine Anfragen zu Parkplätzen, Citysoftnet, Superblocks, Sportförderung, Sportflächen, also ein enormes breites Gebiet, wo du dich natürlich auch hier eingesetzt hast. Ich weiss auch über dich persönlich, dass du ein grosser YB-Fan bist, und dass du dich kürzlich selbstständig gemacht hast. Ich wünsche dir viel Erfolg auf diesem Weg. Merci vielmals. – Applaus
Die nächste Person, die ich verabschiede, das ist Florence Pärli von den JF, meine politische Weggefährtin seit Tag 1. Wir haben beide am Anfang dieser Legislatur gestartet. Du bist auch noch eine Co-Fraktionschefin geworden und natürlich uns allen und dem grössten Teil dieser Stadt auch ein Begriff als Gemeinderatskandidatin und als kritische, sehr kritische, besorgte Finanz-Politikerin. Du hast dich enorm exponiert in den letzten Monaten, das habe ich ein bisschen mitverfolgt. Du hast bis zur Erschöpfung gearbeitet und genau, weil der JF jetzt einen Sitz verloren hat, bist jetzt auch du ab nächstem Jahr nicht mehr bei uns im Stadtrat. Du hast viel geleistet, bist dialogbereit gewesen, Dossier sicher, ich könnte stundenlang über dich schwärmen, das weisst du und ja, es tut mir sehr leid, dass es nicht geklappt hat, und ich wünsche dir alles Gute. Ich bin mir sicher, dass du der Politik erhalten bleiben wirst. Merci Flo. – Applaus
Ja, die nächste Person, die ich verabschiede, ist Raffael Joggi von der AL. Du bist im Stadtrat seit Anfang 2023 und Mitglied, ein sehr engagiertes Mitglied der FIKO, von der Finanzkommission. Du hast dich ausgezeichnet, politisch, inhaltlich, indem du immer sehr kritische, rhetorisch gute Voten gehalten hast und vor allem den Vorstoss zur Überbindung des Kapitalismus übernommen hast. Das hat dir sicher viel Aufmerksamkeit gegeben und gerade kürzlich konntest du einen grossen Erfolg feiern mit der Annahme einer Motion – nicht einer Richtlinienmotion – für einen Mietzinsdeckel. Und so, bist du natürlich bei uns vorne immer wieder bekannt gewesen, weil du immer mal wieder mit dem Ratssekretariat diskutieren gegangen bist. Ich bin manchmal nicht sicher gewesen, ob du Softwareentwickler oder Jurist bist oder einfach sonst ein Nerd, vielleicht alles ein bisschen zusammen. Ich wünsche dir alles Gute und wer weiss, vielleicht sitzt du irgendwann mal wieder bei uns im Stadtrat. Merci, Raffael. – Applaus
Als nächstes verabschiede ich mein Fraktionsgespändli Paula Zysset von der JUSO. Du bist bei uns in der Fraktion und im Stadtrat seit anfangs 2023 und auch Mitglied gewesen in der RWSU. Ich habe dich als eine enorm kritische und wichtige Stimme kennengelernt bei uns in der Fraktion und auch hier im Stadtrat. Du hast sehr oft das Wort ergriffen und dich engagiert für soziale Gerechtigkeit, für Grundrechte und für den Schutz vor Polizeiwillkür. Zuletzt warst du auch in den Medien, weil du unter anderem gefordert hast, dass mindestens die Hälfte des städtischen Führungskader, dass das

FINTA-Personen sind. Die Kommentarspalten sind explodiert, habe ich beobachtet und auch du wirst als kritische, Dossier sichere Stimme sehr fehlen. Danke vielmals für dein Engagement, Paula. – Applaus
Wir sind erst bei der Hälfte der Verabschiedungen. Ich habe gesagt, es gibt einige, die gehen. Die nächsten Personen, die ich sagen werde, die treten mehr oder weniger freiwillig zurück jetzt per Ende Legislatur und auch von ihnen möchte ich mich gerne kurz verabschieden.
Ich fange an mit Yasmin Abdullahi von der jungen GLP. Du bist genau auch wie ich und wie Florence und viele anderen seit anfangs 2021 mit uns im Stadtrat. Du bist ein Mitglied gewesen von der RWSU, also du bist es immer noch und stellvertretendes Mitglied von der PVS. Du bist politisch aufgefallen für dein Engagement im Bereich Klimaschutz, Gleichstellung, hast dich engagiert gegen Gewalt in den unterschiedlichsten Formen und auch im Sportbereich. Ich habe gelesen, dass du aktuell an der Masterarbeit bist, eine sehr herausfordernde Zeit und ich habe auch gelesen, dass du eventuell in 4 Jahren wieder kandidierst, was mich enorm gefreut hat zu hören. Ich wünsche dir viel Erfolg und vielleicht bis zum nächsten Mal. Merci. – Applaus
Wir kommen zu Ruth Altmann, parteilos, ursprünglich FDP aber jetzt ohne Partei. Du bist im Stadtrat seit 2017, seit 2021 ohne Partei. Du hast dich engagiert in der Agglomerationskommission und warst dort unter anderem auch als Präsidentin tätig, so konnte ich dich auch ein bisschen besser kennenlernen und auch bei dir ist aufgefallen, deine sehr diversen Vorstösse in den unterschiedlichsten Richtungen mit den unterschiedlichsten Kombinationen zusammen. Das war vor allem sehr auffallend und da hat ein Thema ziemlich herausgestochen, und zwar Verkehrspolitik und du hast dich da wirklich mit Herzblut für die Fussgänger*innen eingesetzt. Vielen herzlichen Dank, Ruth und alles Gute. – Applaus
Als nächstes verabschiede ich Simone Machado, sie musste sich leider für heute entschuldigen. Sie hat zu der grünen alternativen Partei gehört oder gehört immer noch dazu. Sie ist im Stadtrat seit 2020 und ist auch Mitglied gewesen von der Agglomerationskommission. Sie hat sich sehr leidenschaftlich für eine menschliche Asylpolitik eingesetzt, für die Grundrechte. Sie war eine bekannte Kämpferin für den Erhalt von Grünflächen auf dem Viererfeld. Und sie hat dann auch mit der Zeit nationale Berühmtheit eigentlich erlangt als Corona-Massnahmekritikerin. Sie hat sich in ihrer Zeit im Stadtrat für Frieden, für Freiheit und für die Gerechtigkeit eingesetzt. Vielen herzlichen Dank auch Simone. – Applaus

Als nächstes verabschiede ich Lukas Gutzwiller von der GFL. Du bist schon sehr, sehr lange im Stadtrat, seit 2010 unter anderem in der SBK und in der GPK und zuletzt auch noch in der FIKO als Präsident. Also du hast sehr, sehr viele verschiedene Erfahrungen sammeln können im Stadtrat, genauso divers sind die Themenbereiche, für die du dich eingesetzt hast mit einem starken Fokus natürlich auf deine Expertisen Klima- und Energiepolitik. Du hast dich eingesetzt für gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Bern und auch für die Kulturpolitik, für die Finanzpolitik, also wirklich die verschiedensten Themen. Du bist auch bekannt als stiller Arbeiter im Hintergrund, auch so habe ich dich wahrgenommen. Das ist ein riesiges Wissen und da geht sicher ein grosses Stück Knowhow verloren, wenn du nicht mehr da bist. Vielen Dank für all diese Jahre und für deine Arbeit im Stadtrat. Alles Gute, Lukas. Merci. – Applaus
Als nächstes verabschiede ich Barbara Nyffeler von der SP-JUSO-Fraktion. Barbara du bist seit 2016 im Stadtrat, aber du bist nicht als Politneuling gekommen, sondern du bist vorher schon im Parlament gewesen in Nidau. Du bist dort sogar höchste Nidauerin gewesen und wenn ich richtig recherchiert habe, ist das 2004 gewesen. Das hat dir

noch nicht gereicht und darum bist du dann nachher auch im Coronajahr 2020 hier höchste Bernerin geworden. Das können nicht viele Leute von sich behaupten. Du hast den Stadtrat durch ein Krisenjahr geführt, was ich gehört habe, mit riesigem Erfolg und Ausdauer, ja und einer grossen Souveränität. Du bist Mitglied gewesen von der Spezialkommission Kooperation Bern und von der PVS und du bist sowohl im Stadtrat als auch in der Fraktion aufgefallen mit einem riesigen Wissen, Fleiss und Sachkunde. Also ich habe gewusst, dich kann man fragen und du weisst es und wenn du es nicht weisst, dann wirst du es sauberst recherchieren. Also das ist eine Wahnsinnsqualität, die hier verloren geht mit deinem Rücktritt. Du hast dich inhaltlich für den Hochwasserschutz, für das Lorrainebad und zuletzt auch noch für eine Wirtschaftsstrategie eingesetzt, auf die wir jetzt noch warten, bis sie kommt. Vielen herzlichen Dank, Barbara für dieses riesige Engagement. – Applaus

Als nächstes verabschiede ich Bettina Stüssi von der SP, auch ein sehr langjähriges Stadtratsmitglied. Du bist sehr lange in der BSS gewesen und zuletzt in der GPK. Du bist unter anderem beteiligt gewesen an den Untersuchungen betreffend Base4Kids 2. Und was natürlich dein Steckenpferd gewesen ist, du hast dich sehr leidenschaftlich engagiert für die Bildungspolitik. Ganz besonders für Schulraum, für Schulraumplanung, das ist deine grosse Expertise und auch in der Fraktion bist du aufgefallen, neben deinen inhaltlichen Kenntnissen, dass du wirklich eine Kennerin bist von diesem Rat. Du kennst alle Formalitäten in- und auswendig und da haben wir gewusst, dass wir jederzeit auf dich zukommen können. Vielen herzlichen Dank für dein Engagement all diese Jahre. Merci, Bettina. – Applaus

Als nächstes verabschiede ich Halua Pinto ebenfalls von der SP. Du bist im Stadtrat gewesen von 2010 bis 2018 zuerst in der JUSO, das habe ich zuerst gar nicht gewusst und nachher bist du dann zu der SP und bist dann wieder ab 2021 mit uns im Stadtrat gewesen. Du warst in der FSU (Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt), also in der heutigen RWSU und hast dich engagiert in den Bereichen Energie, Informatik und Bürgerrecht. Also das ist klar auch deine Expertise gewesen, auch bei uns in der Fraktion hast du mit einer Ruhe immer deine Argumente darlegen können, hast dich niemals aus der Ruhe bringen lassen und ein Riesenwissen gehabt, von dem wir profitieren konnten und selbstverständlich bist du auch ein bekannter Kritiker der Burgergemeinde. Ich denke, das ist auch allseits bekannt. Vielen herzlichen Dank für ihre Arbeit, Halua. – Applaus

Die letzte Person, die ich aus dem Stadtrat verabschiede, müssen wir nicht ganz weglassen, denn das ist nämlich Ursina Anderegg vom Grünen Bündnis. Du bist im Stadtrat gewesen seit 2016 und wie wir alle ziemlich sicher mitbekommen haben, wirst du per Anfang Jahr in den Gemeinderat weiterziehen. Wir müssen also nicht auf dich verzichten, sondern dich einfach in einer anderen Form kennenlernen. Du bist lang Teil der SBK gewesen, du hast die Kommission auch mal präsidiert und auch du hast dich für die verschiedensten politischen Themen eingesetzt, ganz besonders für Kulturpolitik, für Kinderrechte und Armutsbekämpfung. Vielen herzlichen Dank für dein Engagement im Stadtrat. – Applaus

Wir verabschieden aber nicht nur Leute aus dem Stadtrat respektive nicht nur Stadtratsmitglieder haben heute die letzte Sitzung, sondern es gibt auch 3 Personen des Gemeinderats, die heute die letzte Sitzung haben mit uns, das sind Franziska Teuscher, Michael Aebersold und Reto Nause. Ich danke euch von ganzem Herzen für euren Einsatz in den letzten Jahren für die Stadt. Ihr habt einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, dass die Stadt heute die ist, die sie ist. Ein paar finden das besser, ein paar weniger gut. Ich finde das super. Ich finde, ihr habt eine grossartige Arbeit geleistet und ich hoffe, dass man euch noch anständig und ausführlich verabschieden wir in euren

Direktionen und euren Parteien. Ganz, ganz, ganz herzlichen Dank auch auf meiner Seite und euch allen 3 alles Gute. – Applaus

Präsidentin: Nach dieser sehr langen Begrüssung und nach diesen Verabschiedungen starten wir jetzt in die Stadtratssitzung.
Mit den Entschuldigungen für die heutige Sitzung. Entschuldigt sind: Sarah Rubin vom GB, Michelle Steinemann von der Mitte, Laura Binz von der SP, Simone Machado von der GaP, Francesca Chukwunyere von der GFL und Thomas Glauser von der SVP. Einige kommen später, aber die sind vielleicht mittlerweile schon eingetroffen. Dann im Anschluss an die heutige Sitzung ist noch eine Feier, und zwar das Ende von dieser Legislatur feiern wir und auch das Ende von meinem Präsidialjahr. Hinter dem Rathaus wartet der Bus und der fährt, wenn ich richtig informiert bin, um 19.15 Uhr ab. Also bitte geht dann nachher direkt hinter das Haus, dass wir bald in der Heiteren Fahne sind. Ich freue mich darauf ganz viele von euch dort anzutreffen. Dann denkt bitte daran zu badgen. Und das Einreichen von den Vorstössen ist heute anders. Die Dringlichen sind bis um 18.15 Uhr und alle anderen um 18.45 Uhr einzureichen.
Wir haben einen Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis. Der ist eingegangen von der FDP-JF-Fraktion. Wenn die Mehrheit dem zustimmt, dann gibt es eine Diskussion, in der jede Partei, und das ist wichtig, nicht jede Fraktion, sondern jede Partei 5 Minuten sprechen kann zu diesem Thema. Wir stimmen über den Antrag ab.

Antrag
Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR):
Die FDP/JF Fraktion verlangt die Diskussion zum Schneechaos auf Berner Strassen und der Nichterbringung der Bernmobil-Dienstleistungen am Donnerstag, 24.11.2024.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Antrag auf Diskussion	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	44
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

2015.PRD.000056

2 Verwaltungsgebäude Schwarztorstrasse 71: Sanierung Steildach, Erstellung Photovoltaik-Anlagen und Vorbereitung E-Mobilität; Projektierungs- und Baukredit

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 2: Verwaltungsgebäude, Schwarztorstrasse 71. Es geht um einen Projektierungs- und Baukredit. Ich erteile der Kommission das Wort, für die PVS, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die PVS: Heute darf ich euch das Projekt zur Sanierung vom Steildach, der Erstellung der Photovoltaik-Anlagen und der Vorbereitung E-Mobilität am Verwaltungsgebäude an der Schwarztorstrasse 71 vorstellen. Ein Gebäude aus dem

Anfang der Sechzigerjahre, das vor 13 Jahre umfassend saniert worden ist. Das aber mit Ausnahme vom Dach. Jetzt ist das Steildach eben sanierungsbedürftig und auch undicht und die Ziegel haben das Ende von ihrer Lebensdauer erreicht. Darum besteht jetzt Handlungsbedarf, um das Dach anzugehen. Die geplanten Massnahmen umfassen wie gesagt die Sanierung vom Steildach, aber auch die Installation von Photovoltaikanlagen sowohl auf dem Steildach als auch auf den Flachdächern, so wie die Vorbereitung von 22 Ladestationen für Elektroautos im Untergeschoss. Das Steildach soll mit einer sogenannten Indachanlage umgesetzt werden, die hier besonders sinnvoll ist, weil die Ziegel sowieso ersetzt werden müssen und so eben auch gerade die Kosten dafür und ebenfalls der CO_2-Ausstoss, der bei der Ziegelproduktion anfällt, gespart werden kann. Ebenfalls entspricht die Indachanlage auch den Anforderungen des Denkmalschutzes.
Die Photovoltaikanlage wird im Eigenverbrauchsmodell betrieben und kann etwa die Hälfte des Strombedarfs des Gebäudes decken. Das bringt jährliche Einsparungen von etwa 18’000 Franken sowie eine Rückspeisevergütung mit sich. Das ist auch insbesondere deshalb sinnvoll, weil die PVS vermehrt auf Elektroautos setzt, die dann gerade mit Strom vor Ort geladen werden können. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 1,4 Mio. Franken, einschliesslich einem Projektierungskredit von 150’000 Franken. Die PVS hat dieses Geschäft diskutiert, einstimmig positiv beurteilt und schlägt euch vor, das Projekt so anzunehmen. Ich würde sonst gerade noch eine Fraktionserklärung anhängen.
Die SP-JUSO-Fraktion wird dieses Geschäft ebenfalls annehmen. Die Herausforderung hier ist aus unserer Sicht ein bisschen, dass das Gebäude als erhaltenswert gilt. Wie aus dem Vortrag entnommen werden kann und ich zitiere hier gerne: "Von der Denkmalpflege, wird die Verwendung einer Indach-Photovoltaikanlage auf dem Steildach gefordert. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Gesamterscheinungsbild nicht beeinträchtigt werden dürfe." Prinzipiell ist es nicht falsch, dass wir einen Denkmalschutz haben, und glücklicherweise ist die Indachanlage in diesem Fall tatsächlich die effizienteste, sinnvollste Lösung. Allerdings kann es doch nicht sein, dass man bei so einem Gebäude, das insbesondere wegen der wunderbar gestalteten Fassade und der schönen Säulenlösung, die die oberen Geschosse ein bisschen absetzt, erhaltenswert ist. Die Dächer sieht man von der Strasse aus kaum, da muss man sich wirklich ziemlich anstrengen, um sie überhaupt zu bemerken, wie man sie nur auf ganz wenigen Metern der Strasse eben überhaupt sieht. Wir erwarten deshalb von der Verwaltung, dass sie bei künftigen Dachsanierungen und Solargeschäften alle Optionen prüfen und sich für die beste Gesamtlösung entscheidet und dies im Vortrag klarstellt. Nur so können wir sicherstellen, dass der Solar-Express endlich Fahrt aufnimmt und nicht durch die – ich zitiere – Forderungen des Denkmalschutzes teurere und weniger effiziente Lösungen gewählt werden. Jetzt habe ich genug zum Steildach gesagt. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Dominik. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Gibt es Einzelvoten? Dann hat der Gemeinderat das Wort. Franziska Teuscher für den Gemeinderat. Kannst du dich bitte anmelden? Merci.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich sage gerne etwas, anknüpfend an das Votum des Kommissionssprechers. Ich finde es ein gutes Beispiel. Es ist ein gutes Zeichen, dass man bei einer Sanierung auch die Nachhaltigkeit nicht aus dem Auge verliert. Das Steildach des Sozialamts, ein Gebäude in meiner Direktion, das Jahre vor meiner Zeit gar niemand wollte, weil alle gesagt haben, sie wollen nicht dort hingehen. Wenn sie gewusst hätte, dass das so denkmalpflegerisch von grosser Bedeutung ist, wäre sie

vielleicht auch gegangen. Item das Sozialamt hat gesagt: "Wir gehen dorthin." Und jetzt muss man das Steildach sanieren und man macht eigentlich das einzige vernünftige, was in dieser Stadt eigentlich immer passieren sollte, wenn man etwas sanieren muss, weil es nicht mehr dicht ist, müsste man eigentlich immer eine Fotovoltaikanlage einbauen. Und von dem her bin ich zum einen froh, dass man sich jetzt auch entschieden hat bei dem Steildach, das etwas anspruchsvoller ist als ein Flachdach, wo man einfach Solarpanels darauf tun kann. Da hat man gesagt, wir machen hier die anspruchsvolle Lösung mit diesen Ziegeln, die wir einbacken. Ein bisschen traurig bin ich, weil es vielleicht dazu führt, dass wir kein Jugendsolarprojekt in der Stadt Bern umsetzen können, weil die Jugendsolarprojekte, das wisst ihr, die sind mir wirklich sehr am Herzen gelegen und ich werde auch in Zukunft schauen, was da in der Stadt passiert, weil ich glaube, wenn wir uns fit machen wollen für die Zukunft, für eine klimagerechte Zukunft, braucht es einfach vielmehr Solaranlagen. Wir müssen die Jugend für das Thema schärfen und wir müssen ihnen auch zeigen, was das für interessante Berufsbilder sind. Und von dem her hoffe ich, dass jetzt das Dach an der Schwarztorstrasse, dass das wirklich auch ein bisschen ein Ansatz wird, das in der Stadt Bern endlich auf jedem Dach, wo möglich ist, eine Solaranlage installiert wird. Wir müssen uns fit machen für eine Zukunft, die in dem Sinn unabhängig ist von Erdöl und Erdgas. Und ich wünsche euch hier drin, dass ihr euch weiterhin dafür entscheidet und das weiter antreibt. Und von dem her nutze ich die Gelegenheit – das ist wirklich mein letztes Votum –, ich hoffe, der Klimaschutz wird bei euch weiterhin höchste Priorität haben. Ich finde, den muss man eigentlich mit Volldampf verfolgen. Ich habe den Austausch mit euch hier im Saal geschätzt, die die begleitend und unterstützend gewesen sind, aber auch die Kritikerinnen und Kritiker. Ich habe sehr viel gelernt mit euch und wünsche euch weiterhin eine spannende Debatte. Ich finde, ihr müsst kontrovers sein, denn eine Demokratie lebt von kontroversen Debatten. Aber ich finde, Weitblick in die Zukunft und Respekt gegenüber politisch anderen Meinungen sollten euch auch in Zukunft leiten. Danke vielmals.

Präsidentin: Vielen Dank, Franziska. Wir stimmen über den Projektierungs- und Baukredit ab.

Abstimmung Nr. 005

2015.PRD.000056	
Annahme	
Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Kredit ist einstimmig angenommen.

2024.TVS.0198

3 Neugestaltung Seftigenstrasse: Abschnitt Morillon bis Sandrain (SEFT 3); Projektierungskredit

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 3: Neugestaltung Seftigenstrasse. Ebenfalls ein Projektierungskredit. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die PVS: Der vorliegende Projektierungskredit ist mit 11 Ja-Stimmen und somit einstimmig in der Kommission angenommen worden. Weil es aber noch einige Anträge gegeben hat, werde ich noch etwas genauer auf das Projekt eingehen. Für das Projekt, die Neugestaltung der Seftigenstrasse beim Abschnitt Morillon und Sandrain, kurz genannt SEFT 3 beantragt der Gemeinderat einen Projektierungskredit von 410'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung, der später in den Realisierungskredit einfliessen sollte. Auf dem erwähnten Streckenabschnitt haben die Tramgleise ihre Lebensdauer erreicht. Die Haltestellen müssen behindert konform umgebaut werden, und es sollten Schwachstellen auf der Kantonsstrasse behoben werden. Die nötige Umgestaltung des Strassenraums wird gleichzeitig genutzt, um die Sicherheit für den Fuss- und Veloverkehr zu verbessern und so der zukünftigen Siedlungsentwicklung im Gebiet Morillon gerecht zu werden. Im Strassenabschnitt Morillon bis Sandrain ist die Stadt als Standortgemeinde involviert, die Strasseneigentümerin ist aber der Kanton Bern, der die Federführung bei dem Projekt hat und bildet mit BERNMOBIL, Köniz und EWB die Bauherrschaft. Die Stadt Bern ist somit involviert und beteiligt sich mit 3 bis 5% an den Kosten. Mit dieser Beteiligung kann sich die Stadt Bern vor allem in Bezug auf die Klimaverträglichkeit einbringen. Im ersten Abschnitt vom Knoten Morillon-Seftigenstrasse bis zum Knoten Monbijou entsteht neu ein Mischverkehr zwischen dem MIV und dem Tram und schafft so Raum für einen beidseitigen Radstreifen von 1,8m für die ganze Länge. Parallel zum Radstreifen sollte ebenfalls einen Weg für Fussgänger*innen geben. Beim zweiten Abschnitt, Knoten Monbijou bis Knoten Schönegg, wird das bisher südlich der Seftigenstrasse gelegene Tram Eigentrassee aufgehoben. Es entsteht ebenfalls Mischverkehr zwischen dem Tram und dem MIV mit Ausnahme natürlich der Haltestellenbereiche. Vom Abschnitt gibt es neu einen vertikal abgesetzten 2,20m breiten Veloweg. Das Tempo für die Autofahrer*innen wird auf 30 reduziert bis vor dem Knoten Schönegg und für den Lärmschutz wird zusätzlich Lärm mindernde Beläge verwendet. Ausserdem wird die Wartehalle beim Schönegg stadteinwärts gebaut, stadtauswärts wird noch keine Wartehalle geben.
Im Abschnitt 3, also ab der Haltestelle Schönegg bis zur Haltestelle Sandrain wird das Tram weiterhin auf dem Eigentrassee geführt und mit einer bevorzugten Lichtsignalanlage. Das Temporegime bleibt auf dem Abschnitt bei Tempo 50. Ausserdem sollte auf dem ganzen Abschnitt noch ein Betriebswendeschlaufe entstehen, weil der ganze Tram-Ast verlängert wird, um so einen flüssigeren Tram-Betriebe sicherzustellen. Das Projekt bietet einige Verbesserungen, bringt aber auch zwangsläufig einige Verschlechterungen mit sich. Der Versiegelungsgrad wird auf dem Abschnitt zunehmen zugunsten eben des Fuss- und Veloverkehrs. Die neuen und weitergeführten Eigentrassee des Trams sind nicht mehr im Rasen möglich. Ausserdem müssen auf dem ganzen Abschnitt mindestens 62 Bäume gefällt werden. Kompensiert sollten die aber gleichzeitig auch noch werden. Auf der Seftigenstrasse sollten 60 Bäume neu gepflanzt werden, auf der Bondelistrasse 18 und bei der Stiftung Bächtelen sollten noch 10 Bäume gepflanzt werden. Wie gesagt, in dieser Verbreiterung des Strassenraums aufgrund der

Velowege sollen neben den Bäumen auch noch Wildhecken gefällt werden, aber auch da steht man noch in Gesprächen, um die zu kompensieren beziehungsweise werden Wildhecken vollständig kompensiert werden. Das Mitwirkungsverfahren wurde letztes Jahr im November abgeschlossen. Insgesamt findet die Bevölkerung das Projekt sehr zustimmend. Der gewisse Optimierungsbedarf, den es hat, den man es aus der Mitwirkung mitnehmen konnte, wird man versuchen, im Bauprojekt einfliessen zu lassen. Tendenziell gibt es aber eine grosse Abneigung gegenüber dem Temporegime sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite, also sowohl die, die das Tempo 50 beibehalten wollen, als auch die, die Tempo 30 flächendeckend einführen wollen, unter anderem eben die Anwohner*innen des vorliegenden Abschnitts.
Wie bereits einleitend erwähnt, hat die Kommission diesem Projektierungskredit einstimmig zugestimmt, und empfiehlt euch die Kommission ein paar Verbesserungsvorschläge in Form von Anträgen. Zu denen werde ich auch kurz kommen. Auf der einen Seite werden im Rahmen dieses Projekts auch Werkleitungen saniert, unter anderem auch Gasleitungen. Das ist für die Mehrheit der Kommissionsmitglieder nicht schlüssig. Es liegt aber daran, dass die Gemeinde Köniz noch auf ihr Gas angewiesen ist. Der Antrag sagt dementsprechend, dass sich die Gemeinde Bern bei der Gemeinde Köniz einsetzen sollte, damit sie auch einen Gasausstieg in Betracht ziehen. Das gleiche gilt eigentlich auch beim Tempo 30. Es soll eigentlich auf dem Stadtgebiet Tempo 30 eingeführt werden. Es ist eine Kantonsstrasse. Die Handhabung der Stadt ist gering, aber auch da verlangt der PVS-Antrag, dass sich der Gemeinderat aktiv dafür einsetzt, dass auf dem ganzen Abschnitt Tempo 30 eingeführt wird. Der Baumerhalt, ich habe es vorher schon erwähnt, ist ein wichtiges Thema. Auch hier ist uns bewusst, dass wir auf Bäume verzichten müssen. Gleichzeitig sollte man auch bei einem Baukredit darauf achten, dass der Baumerhalt halt so gut wie möglich sichergestellt wird, und das wäre der Antrag 3. Dann hat es noch einen Antrag der PVS-Minderheit, der sich gefragt hat, weshalb nicht auf beiden Seiten der Seftigenstrasse bei der Station eine Wartehalle realisiert wird. Wenn man schon ein Projekt in dieser Grössenordnung in die Hand nimmt, könnte man gerade in beiden eine Wartehalle erstellen, anstatt diese im Nachhinein zu realisieren müssen. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Jelena. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Dominik Fitze von der SP-JUSO-Fraktion.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich möchte es wirklich nicht verlängern, weil wir das Projekt grundsätzlich sehr, sehr fest begrüssen. Das Erneuern des Strassen- und Verkehrsraums ist, glauben wir, sehr sinnvoll, es begrünt und beruhigt auch das Gebiet und die Strasse und bietet auch für die Velofahrenden wichtige Verbesserungen. Ich möchte aber gleich noch ganz schnell begründen, wie die Mehrheit von unserer Fraktion sich verhalten wird zu den Anträgen, und zwar werden wir den Antrag 1 mehrheitlich ablehnen. Gasleitungen dienen hauptsächlich Anschlüsse in der Gemeinde Köniz, denn wir erachten es jetzt nicht als sinnvoll, dass wir als Berner Stadtrat in Köniz reinreden, ob sie diese Gasleitung jetzt noch brauchen und wenn sie diese stilllegen. Antrag 2 und 3 befürworten wir, die sind völlig richtig und den 4. Antrag lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass Wartehäuschen nur dort gebaut werden sollen, wo sie nötig sind. Und das scheint hier eigentlich nicht gegeben zu sein. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Dominik. Für die GLP-JGLP-EVP-Fraktion, Irina Straubhaar.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Auch ich will es nicht verlängern. Wir unterstützen diese Geschäfte grundsätzlich und werden zustimmen. Wir sind zufrieden, wie das ausgearbeitet ist. Ich will kurz unsere Positionen zu den Anträgen darlegen. Auch wir werden den Antrag 1 ablehnen aus den Gründen, wie sie Dominik angeführt hat und auch, weil die Gasleitungen in die Zuständigkeit der EWB fallen. Es macht keinen Sinn, einen Prüfantrag an die Stadt zu stellen für ein Anliegen, das nicht in ihre Zuständigkeit liegt. Den Antrag 2 werden wir unterstützen, den Antrag 3, den werden wir ablehnen, auch wenn wir grundsätzlich für den Baumerhalt sind, aber es ist hier nicht klar auf welche Kosten der Baumerhalt soll priorisiert werden und wenn es zum Beispiel auf Kosten von guter Veloinfrastruktur geht, können wir die Priorisierung in dieser Form nicht unterstützen. Auch den Antrag 4 zu den Wartehallen werden wir ablehnen. Es ist erstens einmal so, dass der Antrag unklar formuliert ist, denn es gibt auf dem Abschnitt die Haltestellen Schönegg und Sandrain und es gibt keine Haltestelle Seftigenstrasse. Und sei es die Haltestelle Schönegg oder Sandrain, ist bei beiden das Bedürfnis für eine Wartehalle stadtauswärts nicht gegeben. Die einsteigenden Zahlen sind sehr gering und wir wollen deshalb das Projekt nicht zusätzlich mit diesen Wartehallen aufladen. Gemäss dem Vortrag ist es möglich, die Wartehallen später zu erstellen, sollte irgendwann ein Bedürfnis gegeben sein, ohne Mehrkosten zu erstellen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag zu diesem Zeitpunkt ab. Merci.

Präsidentin: Danke, Irina. Für die FDP-JF-Fraktion, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Die FDP-JF-Fraktion lehnt das Projekt rundherum ab. Wir sind grundsätzlich gegen Tram im Mischverkehr, das haben wir hier schon mehrmals deklariert. Hier hätte man endlich ein Tram-Trassee, das separat ist und erst noch schön begrünt. Was macht man? Man eliminiert es, reisst es auf, macht ein Tram im Mischverkehr und erst noch mit Schwarzbelag. Unlogischer geht es einfach hier nicht mehr, aber das haben wir schon manchmal deklariert. Es wird auch für das Tram Tempo 30 gelten und das ist auch nicht praktisch. Wir sind uns bewusst, dass aus dem beschränkten Raum, der dort ist, keine Wunder entstehen können. Man hätte aber durchaus mutiger sein können und auch mit dem Kanton und mit den privaten Grundeigentümern mehr darauf drücken, dass man diesen Raum hätte erweitern können und dort eine wunderbare Velostrasse ausserhalb dieser Verkehrsflächen realisieren. Das wäre mutig gewesen und das wäre auch super gewesen und das hätten wir auch unterstützen können. Stattdessen macht man alles andere, man hat wieder ein Tram im Mischverkehr, hat Schwarzbelag, fällt Bäume. Ich dachte, wir seien hier in einer sehr linken, grünen und roten Stadt. Es kommt mir manchmal nicht so vor. Die FDP-JF-Fraktion lehnt das ganze Projekt ab, den Projektierungskredit und selbstverständlich alle Anträge ebenfalls. Merci.

Präsidentin: Danke, Ursula. Für die GB/JA!-Fraktion, Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Ich komme noch, um für die GB/JA!-Fraktion zu sprechen. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst das vorliegende Projekt. Vor allem in Anbetracht der Verbesserung des Fuss- und Veloverkehrs ist das vorliegende Projekt sehr zu begrüssen. Die GB/JA!-Fraktion wird alle PVS-Anträge inklusive des PVS-Minderheitsantrags annehmen. Weniger erfreulich ist die Erneuerung der Gasleitung aufgrund der Werkleitungssanierungen trotz des vorgesehenen Gasausstiegs in der Stadt Bern, auch wenn wir natürlich wissen, dass diese für die Gemeinde Köniz nötig sind. Und dass man die Erstellung der Wartehäuschen auf beiden Strassenseiten nicht prioritär

behandeln möchte, trotz dieses grossen Projekts, finden wir es auch sehr bedauerlich. Ausserdem ist es eine verpasste Chance auf dem ganzen Abschnitt Tempo 30 einzuführen. Dass der Kanton lieber auf eine verwirrende Temporegime setzt, statt auf einen lärmminderten Tempo 30 ist in Anbetracht der Klimakrise und vom Sicherheitsaspekt nicht nachvollziehbar. Das sieht nicht nur die GB/JA!-Fraktion so, sondern auch zahlreiche Bewohner*innen der anliegenden Strassenabschnitte. Ein grosser Wermutstropfen sind die wahrscheinlich zu fällende 62 Bäume, wenn nicht vielleicht mehr. Es kann nicht sein, dass man in Zukunft Projekte ausarbeitet, bei denen wir Grünraum vernichten müssen, um sichere Velowege zu bauen. Die GB/JA!-Fraktion fordert im Zweifelsfall einen Spurenabbau beim MIV, damit wir eine sichere Veloführung sicherstellen können, damit die nachhaltige Mobilität prioritär behandelt wird. Wir hoffen auch, dass die Verkehrswende auch endlich beim Kanton ankommt. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Jelena. Wir sind bei den Einzelvoten. Das ist nicht der Fall, dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Im Rahmen der Neugestaltung der Seftigenstrasse wird die ÖV-Infrastruktur unter der Federführung des Kantons saniert und ausgebaut. Von Seiten Stadt beteiligen wir uns an den Arbeiten, vor allem im Strassenraum und erstellen Wartehallen. Das Projekt wird möglichst verträglich umgesetzt. Die begrünten Flächen, die wegfallen, sollen möglichst kompensiert werden durch zusätzliche Baumpflanzungen. Weiter sieht die Sanierung auch eine deutliche Verbesserung für den Fuss- und insbesondere für den Veloverkehr vor. Es werden beidseitig durchgängige und abgesetzte Velowege erstellt. Das Tram muss deshalb stadteinwärts neu eben im Mischverkehr geführt werden. Ja, dann noch zu der Wartehalle, da hat es ja auch einen Antrag dazu. Geplant sind 2 Wartehallen zu machen, und zwar bei der Schönegg stadteinwärts und beim Sandrain stadteinwärts. Ja, warum machen wir das jetzt eben nicht mehr? Der Grund sind auch Kostenabwägungen. Bei den beiden Haltestellen Schönegg und Sandrain stadtauswärts sind es jeweils unter 100 Einsteigende pro Tag gemäss den Angaben von BERNMOBIL. Ja und Usus ist, dass so eine Wartehalle ab ca. 800 Leute, die dort einsteigen pro Tag dann erstellt wird. Zum Vergleich bei der Haltestelle Sandrain stadteinwärts, wo wir eben so eine Wartehalle planen, sind es über 1000 Leute, wo dort pro Tag einsteigen. Der Gemeinderat bittet Sie, auch den Minderheitsantrag der PVS abzulehnen.
Aber eben, sollte sich die Situation bei den Haltestellen auf Berner Boden verändern und es mehr Frequenzen geben, dann müssen wir ganz sicher über die Bücher und das werden wir auch machen. Dann noch zu den weiteren Anträgen der PVS: Den Antrag 1 bittet euch der Gemeinderat ebenfalls abzulehnen. Es liegt in der Zuständigkeit der Gemeinde Köniz zu entscheiden, in welcher Form sie ihre Energieversorgung sicherstellen will und wo und wann sie die Fernwärme ausbauen. Wenn man einen Blick in ihre Klima- und Energiestrategie 2020 bis 2025 wirft, sieht man, dass die Gemeinde Köniz sich auch ambitionierte Ziele setzt. Da müssen wir als Stadt nicht wirklich reinreden, ein gegenseitiger Austausch zu diesen Themen findet natürlich statt und davon profitieren schlussendlich beide. Wir haben alle das gleiche Ziel. Dem Antrag 2 der PVS dem stimmt der Gemeinderat zu. Hier ist es einfach zu erwähnen, dass es sich bei der Seftigenstrasse um eine Kantonsstrasse handelt und unsere Einflussmöglichkeiten dort begrenzt sind, aber sinnvoll wäre Tempo 30 durchaus. Auch Antrag 3 unterstützt den Gemeinderat. Wir haben uns im bisherigen Projektverlauf erfolgreich, eben für die Umsetzung von wirksamen Klimaanpassungsmassnahmen, eingesetzt. Zum Antrag 4 der

PVS-Minderheit: Da habe ich mich eben schon geäussert, der Gemeinderat bittet euch, diesen Antrag abzulehnen und dem Kredit natürlich zuzustimmen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen und starten mit der Antragsliste. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 1 der PVS, Stichwort Fernwärme.

Antrag
1 PVS
Es ist mit der Gemeinde Köniz zu prüfen, ob im Rahmen der Erneuerung von Werkleitungen die Gasleitungen nicht erneuert, sondern die Fernwärme ausgebaut werden kann.

Abstimmung Nr. 006

2024.TVS.0198: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	28
Nein	35
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 2 der PVS: Tempo 30.

Antrag
2 PVS
Der Gemeinderat setzt sich bis zur Einführung von Tempo 30 auf der Seftigenstrasse (Gemeindegebiet) aktiv beim Kanton dafür ein.

Abstimmung Nr. 007

2024.TVS.0198: Antrag 2	
Annahme	
Ja	53
Nein	11
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 3 der PVS, Stichwort Baumerhalt und Versiegelung.

Antrag
3 PVS
Entlang der Seftigenstrasse soll der Baumerhalt, wo möglich, priorisiert und die Versiegelung auf ein Minimum beschränkt werden.

Abstimmung Nr. 008

2024.TVS.0198: Antrag 3	
Annahme	
Ja	41

Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 4 der PVS-Minderheit zur Wartehalle.

Antrag
4 PVS-Minderheit
Im Rahmen des Bauprojekts soll auch stadtauswärts bei der Station Seftigenstrasse eine Wartehalle realisiert werden.

Abstimmung Nr. 009

2024.TVS.0198: Antrag 4

Ablehnung

Ja	21
Nein	45
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen über den so bereinigten Projektierungskredit ab.

Abstimmung Nr. 010

2024.TVS.0198

Annahme

Ja	55
Nein	11
Enthalten	1

Präsidentin: Der Kredit ist angenommen.

2022.SR.000043

4 Interfraktionelles Postulat Fraktionen FDP/JF, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Simone Richner, FDP/Florence Schmid, JF/Valentina Achermann/Lena Allenspach, SP/Eva Chen, AL/Jemima Fischer, AL/Mirjam Roder, GFL/Jelena Filipovic, GB/Yasmin Abdullahi, JGLP/Judith Schenk, GLP): Endlich Lösungen für die Mattentreppen-Problematik!; Fristverlängerung

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 4, hier geht es um eine Fristverlängerung. Die Fristverlängerung war in der Kommission bestritten, und aus diesem Grund wird sie auch heute traktandiert. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die PVS: Genau, ich möchte es auch nicht künstlich verlängern. Eine PVS-Minderheit ist der Meinung gewesen, dass eine Fristverlängerung um ein Jahr zu lang ist für die Mattenliftproblematik rund um auch die Mattentreppe. Es

geht darum, die Fristverlängerung auf ein halbes Jahr zu verkürzen, weil es in Anbetracht der Dringlichkeit des Problems sehr wohl möglich sei, mit dem Verein Gender- und alltagsgerechtes Planen und Bauen (Lares) früher zu einer Lösung zu kommen und früher umzustellen und sicherzustellen, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum sichergestellt wird. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, um eine Fristverkürzung und sehen auch den Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie zur Nydeggbrücke und dem Nydegglift nicht gewährleisten. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Jelena. Dann haben die Einreichenden das Wort, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Einreichenden: Wir verstehen die Notwendigkeit zusätzlicher Abklärungen insbesondere zur Prüfung eines möglichen Lifts an der Nydeggbrücke und zeigen uns daher mit der beantragten Fristverlängerung einverstanden. Trotzdem halten wir es für zentral, dass wie Jelena es gesagt hat, die Problematik an der Mattentreppe unabhängig vom Lift-Projekt zügig anzugehen ist. Die Sicherheit auf der Treppe ist ein dringendes Anliegen, das eigentlich nicht 2 weitere Jahre warten kann. Und trotzdem, ich habe euch letztes Mal eine Geschichte von meiner Mutter erzählt, die vor 43 Jahren gehandelt hat und ein Ereignis gehabt hat. Also mittlerweile 45 Jahre, auch 2 weitere Jahre machen den Braten nicht fett. Die beiden Projekte Mattentreppe und -lift sollen also nicht unnötig gekoppelt werden und zu weiteren Verzögerungen bei der Mattentreppe führen, da die unterschiedlichen Herausforderungen adressieren. Wir stimmen also der Fristverlängerung zu, erwarten jedoch sichtbare Fortschritte, um die Sicherheit rasch zu verbessern und lehnen den Antrag ab.
Darf ich noch ein Fraktionsvotum geben?
Die FDP-JF wird dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Präsidentin: Merci, Simone. Gibt es Fraktionsvoten? Lena Allenspach für die SP-JUSO-Fraktion.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Es geht bei dem Postulat, wie schon gesagt worden ist, um das individuelle Sicherheitsgefühl, aber aus meiner Sicht, auch um die Erschliessung des Quartiers, das Stand heute noch viel Luft nach oben hat. Es gilt zu hoffen, dass sich das mit möglichen Brückenliften, aber auch mit dem Gaswerkareal verbessern kann. Damit kann einerseits die Mobilität für Leute, die vielleicht ein bisschen schlechter zu Fuss sind, einen Kinderwagen dabeihaben oder beispielsweise etwas transportieren, massiv erleichtert werden. Aber es bedeutet eben auch eine Alternative zu den Treppen, die einige heute im Dunkeln meiden. Und dass die Abklärungen Zeit brauchen, ist für uns nachvollziehbar. Genau gleich wie das Sicherheitsgefühl, vorwiegend von Frauen in diesem Fall, ernstgenommen werden sollte, sollen auch die Verbesserungen bei der Mattentreppe ernstgenommen werden. Dass die nicht einfach so da ist, mit etwas Beleuchtung liegt auf der Hand. Als jemand, der diese Treppe aber sehr gut kennt und viel nutzt, bin ich gleichzeitig froh, wenn die Stadt möglichst bald wirksame Massnahmen ergreifen kann, um diese Situation zu verbessern. Die SP-JUSO-Fraktion wird der Fristverlängerung des Gemeinderates zustimmen.

Präsidentin: Merci vielmal, Lena. Gibt es weitere Fraktionserklärungen? Einzelvoten? Dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die bisherigen Abklärungen zum vorliegenden Postulat haben ergeben, dass die Beleuchtung den geltenden Normen und Richtlinien grundsätzlich entspricht. Sie ist abgestimmt auf dem UNESCO-Perimeter und entspricht den Vorgaben der Denkmalpflege und dem Beleuchtungskonzept der Stadt Bern. Trotzdem will der Gemeinderat dem mangelnden Sicherheitsgefühl begegnen und prüfen, ob und wie die Situation auf dieser Treppe verbessert werden kann. Die stetige Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum gehört unter anderem auch zu den Grundsätzen des Masterplans "Fussverkehr". Es ist geplant, dass die Verkehrsplanung eben jetzt mit externer Unterstützung und in Zusammenarbeit mit den städtischen Fachstellen für Gleichstellung in Geschlechterfragen, Fuss- und Veloverkehr sowie Denkmalpflege, weitere gestalterische Massnahmen zur Verbesserung der Attraktivität und Sicherheit auf der Mattem-Treppe prüft. Was Punkt 1 zum Nachtbetrieb vom Mattenlift betrifft, die sollen im Rahmen der Machbarkeitsstudie zum Bau eines Lifts an der Nydeggbrücke geprüft werden. Die Studie wird statische, verkehrliche und denkmalpflegerische Aspekte der Liftvarianten klären und gleichzeitig mögliche Betriebsmodelle evaluieren. Gestützt auf die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie wird der Gemeinderat auch Angaben machen können zu allfälligen Betriebsanpassungen beim Mattenlift. Die Umsetzung der geplanten Arbeit wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir müssen doch noch viel abklären. Der Gemeinderat beantragt darum eine Fristverlängerung für die Vorlage vom Prüfungsbericht bis Ende 2025.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen zur Abstimmung über die Fristverlängerung. Wir haben 2 Anträge, einerseits der Antrag vom Gemeinderat auf die Fristverlängerung bis Ende 2025, andererseits der Antrag von der PVS-Minderheit, Fristverlängerung bis Mitte 2025. Wir mehren zuerst aus und danach stimmen wir über den obsiegenden Antrag ab. Wer der Antrag vom Gemeinderat bis Ende 2025 bevorzugt, drückt Grün. Wer den Antrag der PVS-Minderheit bevorzugt, drückt Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Anträge
1 Gemeinderat
Der Gemeinderat stimmt einer Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025 zu.

2 PVS-Minderheit
Der Stadtrat stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2025 zu.

Abstimmung Nr. 011

2022.SR.000043: Antrag 1 vs. Antrag 2	
Antrag 1 obsiegt	
Ja	49
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag des Gemeinderats mit der Fristverlängerung bis Ende 2025. Wir stimmen ab über den Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 012

2022.SR.000043

Annahme	
Ja	63
Nein	3
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt einer Fristverlängerung bis Ende 2025 zugestimmt.

2021.SR.000037

5 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Geschlechtergerechte Strassennamen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 5, eine Motion der AL über geschlechtergerechte Strassennamen. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme dieser Motion. Ist die Motion bestritten? Die ist bestritten. Dann erteile ich den Einreichenden das Wort, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Ich habe die paar Sätze, glaube ich, schon einmal vor einem Jahr aufgeschrieben, als es das erste Mal traktandiert war, diese Motion, seither war sie jetzt schon ein paarmal traktandiert. Es freut mich, dass das jetzt Ende Jahr doch noch drankommt. Die Motion fordert geschlechtergerechte Strassennamen in der Stadt Bern, also dass der Genossenweg zum Genoss*innenweg oder der Buchdruckerweg zum Buchdrucker*innenweg wird. Eine Stadt, die Wert darauflegt inklusiv zu sein und Gleichberechtigung zu leben, sollte das auch im öffentlichen Raum abbilden und vorleben. Wir sind deshalb schon ziemlich enttäuscht von der technokratischen Antwort des Gemeinderates, zumal es sich ja auch nicht um eine Forderung nach einer Umbenennung von Strassennamen handelt, sondern darum, dass anders gegendert wird, so wie es im Sprachleitfaden der Stadt Bern ja auch gemacht wird. Wie im Vorstoss erwähnt, könnte man das durchaus auch spielerisch machen, indem die Strassenschilder halt angepasst werden, mal eine männliche oder mal eine weibliche Form vorkommt oder dass sonst gegendert wird mit einem Sternchen, oder einem Underline oder Doppelpunkt oder was auch immer. Wegen dem muss niemand seine Adresse ändern. Der Pöstler oder die Pöstlerin wird die Häuser auch noch in einer gegenderten Strasse finden. Erinnert ihr euch an die Männerfussball EM in der Schweiz vor 15 Jahren oder so. Die holländischen Fans haben die Stadt geflutet, was Alexander Tschäppät und seine Touristiker*innen dermassen geflasht hat, dass aus der Kornhausbrücke, die Korenhuisbrug gemacht wurde und entsprechend ein oranges Strassenschild aufgehängt wurde. Dort ist es auch unbürokratisch gegangen. Deshalb sind wir sicher, dass die Verwaltung im Fall anders gegenderten Strassennamen auch ihre Kreativität voll entfalten könnte und sind gespannt auf die Ergebnisse. Vielleicht reicht es sogar für die Frauenfussball EM nächsten Sommer.

Präsidentin: Merci, David. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Judith Schenk für die SP-JUSO-Fraktion.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Die Fraktion SP-JUSO wird dem Gemeinderat folgen und die beiden vorliegenden Motionen "geschlechtergerechte Strassennamen" und "Jetzt ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit

von Frauen sichtbar machen* als Richtlinie annehmen. Wie es der Gemeinderat in seiner Antwort betont, bemüht er sich bereits seit der Annahme der Motion "Frauen in Berns Strassen sichtbar machen" Frauen bei den Strassenbenennung künftig so lange zu bevorzugen bis mindestens 50% von denen mit einem Strassennamen geehrten Persönlichkeiten Frauen sind. Dasselbe gilt auch für Bezeichnungen für Personen und Berufsgruppen. Auch hier wird der Gemeinderat bis auf weiteres entweder geschlechtergerechte oder weibliche Schreibweisen verwenden. Bezüglich der Motion vom GB, dass Frauen und unsere Arbeit militärische Bezeichnungen setzen sollen, begrüsst die SP-Juso-Fraktion ebenso, dass der Gemeinderat bereit ist, in diesem Rahmen die Forderung nach Ehrung von Frauen, die sich für Frieden stark gemacht haben und sich für die menschliche Sicherheit eingesetzt haben, bei künftigen Strassenbenennungen auch miteinzubeziehen.

Präsidentin: Merci, Judith. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Ursula Stöckli das Wort.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich habe mir wirklich lange überlegt, ob ich etwas sagen soll zu diesem Vorstoss. Für mich ist der so fernab jeder Realität und eigentlich immer, wenn ich denke, es kommt nicht mehr schlimmer, kommt es noch schlimmer. Ein solcher Vorstoss, was soll das? Es geht uns einfach viel zugute in dieser Stadt. Wir haben viel zu viel Geld in dieser Stadt. Wir können noch alle Strassenschilder umbenennen in dieser Stadt. Wir haben Zeit und Geld und sonst keine anderen Probleme. Macht doch einfach einen Tulpenweg und ein Lindenweg und ein Narzissenweg, was auch immer, und dann ist das ganz erledigt. Ich sehe nicht ein, wieso da überhaupt Personen auf die Strassennamen müssen. Macht irgendein Baum und sonst kommt sicher noch ein Vorstoss, dass man einen Tulp*innenweg machen sollte. Macht doch einfach Blümchen, Bäume oder irgendetwas, Berge und dann ist das ganze erledigt.

Präsidentin: Merci, Ursula. Für ein Einzelvotum angemeldet ist Judith Schenk. Nein, sie verzichtet, dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Seit der Verabschiedung der Antwort durch den Gemeinderat im Mai 2021 sind in der Stadt Bern keine neuen Strassen benannt worden. Der Gemeinderat lehnt Strassenumbenennungen grundsätzlich ab. Er tut das auch im vorliegenden Fall, insbesondere im Interesse der Anwohnerschaft. Denn die Änderung von Strassenbezeichnungen verursacht doch einen grossen administrativen Aufwand und eben doch auch hohe Kosten. Es ist aber unbestritten, dass Frauen nicht nur bei Einzelpersonen, sondern auch bei Strassenbezeichnungen nach Personen und Berufsgruppen klar untervertreten sind. Der Gemeinderat unterstützt deshalb die Forderung nach vermehrter Vielfalt und geschlechtergerechten Strassennamen und ist gerne bereit, diesen Vorstoss im Sinn einer Richtlinie entgegenzunehmen. Bezüglich den Strassenbezeichnungen nach Personen hat er ja beschlossen, Frauen so lange zu bevorzugen, bis mindestens 50% von den geehrten Persönlichkeiten Frauen sind und jetzt haben wir ja dann grosse Areale, wo entwickelt werden, neue Strassen, wo entstehen und dann können wir dann aus dem Vollen schöpfen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Ich habe nicht gehört, dass diese Motion in eine Richtlinie gewandelt wurde. Ja gut, dann stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 013

2021.SR.000037: als Richtlinie

Annahme	
Ja	43
Nein	13
Enthalten	3

Präsidentin: Die Motion ist angenommen.

2022.SR.000066

6 Motion Fraktion GB/JA! (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!): Jetzt ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit von Frauen sichtbar machen!

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 6. Eine Motion der GB/JA!-Fraktion über Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit von Frauen sichtbar machen. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: Krieg, Aufrüstung, feministische Friedensarbeit: Darum geht es in der vorliegenden Motion. Wir alle wissen, dass die verheerenden Kriege im Gaza, im Libanon, in der Ukraine, im Sudan, im Jemen, im Kongo und an vielen anderen Orten der Welt haben unzählige zivile Opfer zur Folge. Männer, Frauen, Kinder, jedes zerstörte Leben ist eines zu viel. Daran wird diese Motion leider nichts ändern. Was wir auch wissen, ist, dass die Kriege Gewinner*innen haben. Damit meine ich die Waffen- und Rüstungsindustrie und die Armee. Laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI sind die weltweiten Militärausgaben so hoch wie noch nie. Auch die Schweiz macht hier keine Ausnahme. Die gestrigen Entscheide im Nationalrat machen mich fassungslos. 530 Mio. Franken für die Armee ist für sich allein schon viel zu viel Geld für eine autoritäre und patriarchale Institution, die keine Sicherheit, sondern Gewalt und Diskriminierung bringt. Die kürzlich publizierte Studie zu sexistischen Übergriffen im Militär redet dazu eine erschreckend klare Sprache. Der Entscheid zur massiven Aufrüstung der Armee steht aber nicht allein, sondern kommt in Kombination mit Kürzungen von 250 Mio. Franken für die internationale Zusammenarbeit und schwächt damit die Arbeit an den Konfliktursachen, die wir jetzt gerade so dringend brauchen. Sie kommt in Kombination mit der Streichung der Unterstützung der UNRWA, der einzigen Institution, die in Gaza die humanitäre Hilfe leisten kann, die für das Überleben der palästinensischen Bevölkerung absolut notwendig ist. Damit sind die Entscheide nicht nur moralisch ethisch falsch, sie sind eine massive Bedrohung der globalen Sicherheit. Leider wird die vorliegende Motion daran nichts ändern.
Was die Motion aber kann und will, ist die Normalisierung dieser Dynamik in unseren Köpfen. Der Kurzschluss von "Es ist halt jetzt Krieg", darum sind Militarisierung und Aufrüstung unumgänglich. Dem ist nicht so. Statt Resignation und Normalisierung von Krieg, Militarisierung und Aufrüstung verlangt die aktuelle Situation eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Fragen und auf diese Fragen gibt es keine einfachen und schnellen Antworten. Es ist zum Beispiel die Frage, was wir als Einzelpersonen, wir als Gesellschaft, wir als Stadt dazu beitragen können, die Kriege dieser Zeit zu stoppen. Es stellt sich die Frage, wie wir Konflikte nachhaltig lösen oder vorbeugen können. Die Frage, was macht uns tatsächlich sicher und die Frage, was eine militaristische und

patriarchale Institution wie die Armee für Antworten auf die Fragen bringt. Die Umbenennung von militärischen Strassen kann einen Anlass schaffen, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Wie wir am Beispiel des kolonialen und rassistischen Wandbilds im Wylergut gesehen haben, findet eine tatsächliche Auseinandersetzung nämlich viel eher dann statt, wenn nicht alles beim Alten bleibt. In der aktuellen Situation ist es wichtig, die Normalität von Krieg und Aufrüstung zu hinterfragen und dabei vor allem auch die Stimmen und die Perspektiven sichtbar zu machen, die dieser unerträglichen Kriegsrhetorik und dieser massiven Aufrüstungsspirale etwas entgegenhalten. Eine davon ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihrem „Atlas der Abrüstung“.
Ich habe ihn dabei, wenn ihn jemand lesen und anschauen will, herzlich willkommen. Hinter dieser Publikation steht Überzeugung und ich zitiere: "Frieden lässt sich auf Dauer nur durch eine Rückkehr zu einem System der kollektiven Sicherheit gewährleisten, dass auf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Vertrauensbildung der Rüstungskontrolle und der Abrüstung mit dem Ziel der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit beruht." Ich empfehle die Lektüre allen, die sich ernsthaft dafür interessieren, was es für Erfahrungen und Initiativen gibt, für kollektive Sicherheit und Frieden. In diesem Atlas hat auch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSOA eine wichtige Rolle. Gegründet vor 42 Jahren ist GSOA heute eine von den stärksten anti-militaristischen Stimmen und hat schon zahlreiche Erfolge erzielt. Ihre fundierten und konsequenten Positionen gegen den Krieg, gegen Militarisierung und Aufrüstung sollten wir ernstnehmen und die Suche nach Lösungen für Sicherheit und Frieden miteinbeziehen. Ihre neuste aktuelle Initiative fordert, dass die Schweiz endlich einem Atomwaffenverbot-Vertrag beitritt. Alle sind herzlich eingeladen, diese Initiative zu unterschreiben. Und schliesslich gehören zu diesen Stimmen und den Perspektiven auch die feministischen Friedensorganisationen, die konsequent eine anti-militaristische Haltung vertreten und sich für menschliche Sicherheit und ein feministisches Sicherheitsverständnis einsetzen.
Dieses Jahr haben Frieda, die feministische Friedensorganisation, die FriedensFrauen Weltweit und die Plattform für Friedensförderung KOFF einen Bericht veröffentlicht mit Empfehlungen zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Abrüstung und Demilitarisierung sind zentrale Anliegen in diesem Bericht verknüpft mit der Forderung, die Militärausgaben zu reduzieren und in die Gesundheit, soziale Infrastruktur und die Bekämpfung der Klimakrise zu investieren. Auch diesen Bericht habe ich dabei und gebe ihn gerne zur Lektüre weiter. Es gibt also Stimmen, die Aufrüstung und Militarisierung auch gerade im Hinblick auf die aktuelle Situation nicht einfach so hinnehmen, sondern andere Lösungen anbieten im Umgang mit den Bedrohungen unserer Zeit. Die Stimmen sichtbar zu machen, sich als Stadt mit den obengenannten Fragen auseinanderzusetzen, klar gegen die massive Aufrüstung und Militarisierung Stellung zu nehmen und sich zur feministischen Friedensarbeit zu bekennen, das sind die Kernanliegen dieser Motion und ich möchte den Gemeinderat einladen, einen Vorschlag zu machen, wie diese Kernanliegen umgesetzt werden können. Friedensaktivistinnen bei der Neubenennung von Strassen zu berücksichtigen, ist ein guter Anfang. Danke vielmals für die Bereitschaft dazu. Darüber hinaus sind aber weitere Initiativen denkbar. Man könnte eine Friedens- und Abrüstungskampagne, zum Beispiel analog der Aktionswoche gegen Rassismus durchführen. Man könnte einen Fonds für Friedensinitiativen einrichten oder einen Beitrag an die UNRWA sprechen. Solche Initiativen möchte die Motion anstossen und der Gemeinderat ist herzlich eingeladen bei der Umsetzung der Motion noch einen Schritt weiterzugehen, als er es jetzt vorsieht in seiner Antwort. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Anna. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Gibt es Einzelvoten? Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP), Einzelvotum: Ich möchte eigentlich insbesondere zu den Aussagen betreffend die Schweizer Armee etwas sagen. Also man muss sich bewusst sein, die Schweizer Armee dient einzig dem Frieden. Sie ist der immer fortwährende bewaffnete Neutralität verpflichtet und sie hat wirklich das Prinzip, dass man den Frieden in diesem Land sichert. Wir müssen uns bewusst sein, wir haben tatsächlich sehr viele Kriege jetzt auf der Welt, aber die Konzeption der Schweizer Armee ist die, dass man sagt: "Wir schützen unser Territorium gegen jegliche Angreifer und nicht mehr." Man hat entweder eine fremde oder eine eigene Armee in unserem Land.

Präsidentin: Merci, Bernhard. Dann kommt Judith Schenk.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Ich möchte mich mit meinem Einzelvotum der Enttäuschung der Einreichenden, des einreichenden Votums anschliessen. Mein Einzelvotum bezieht sich inhaltlich auf das Traktandum 5 und auf 6. Die Antwort des Gemeinderats ist die gleiche in beiden Traktanden. Das Traktandum 6 geht noch ein bisschen ausführlicher auf die Friedens- und Sicherheitsaspekte ein.
Der Gemeinderat argumentiert zum Beispiel, dass bei einer Strassenänderung Ausweise neu erstellt werden müssen. Ja, ich habe im letzten Jahrtausend, wirklich im letzten Jahrtausend eine Verwaltungslehre gemacht. Dort habe ich tatsächlich noch mit der Schreibmaschine Adressen auf Papierausweise hineingeschrieben. Wie gesagt im letzten Jahrtausend. Eine Umbenennung von Strassennamen muss nicht von heute auf morgen passieren. Mit der Digitalisierung und wir könnten eine Frist von mehreren Jahren setzen, sind die Argumente einfach sehr gesucht. Apropos Digitalisierung: In Südafrika sind in den letzten 20 Jahre überall Strassen umbenannt worden, und zwar aus sehr ähnlichen Gründen. Sehr viele weisse Menschen, die sehr oft ein sehr gewaltvolles Verhalten an den Tag gelegt haben, werden ersetzt mit Nativ-Personen, natürlich mit Namen von Nativ-Personen.
Weiter widerlegt sich der Gemeinderat in der Begründung respektive in den Fussnoten mehrfach selbst. Dort wird aufgezählt, wie die Strassennamen früher eben umbenannt wurden. Das Argument, Strassennamen seien ein Teil von historischem Erbe und sollten deshalb möglichst nicht geändert werden, ist mehr als erstaunlich in meinen Augen, wo doch allen in diesem Saal bekannt ist, wie viele Nobelpreisträgerinnen durch Männer verhindert worden sind oder wo literarische Arbeiten von Ehemännern ausgegeben worden sind, obwohl sie von Frauen geschrieben worden sind. Das Gegenteil des Gemeinderates, seine Argumentationen ist Fakt, dass die rechtlichen Änderungen die Gerechtigkeit der Vergangenheit wiederherstellen könnten. Bezüglich des spezifischen Themas Krieg kann ich mich vollumfänglich den Einreichenden anschliessen mit der Randbemerkung, dass eine Linde-Pflanze in meinen Augen keine adäquate Antwort auf diesen Vorstoss ist.

Präsidentin: Merci, Judith. Als nächstes kommt Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP), Einzelvotum: Es erstaunt mich immer wieder, wie hier aus dem beschaulichen Bern offenbar soll Weltpolitik betrieben werden und das erstaunt mich auch noch mehr, dass man überhaupt so ein Votum halten kann bei der aktuellen Bedrohungslage. Ich schliesse mich dem Votum von Ursula Stöckli an. Wir haben offenbar

keine dringenderen Probleme mehr in dieser Stadt und schliessen mit dem Satz: Si vis pacem, para bellum (*Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor*).

Präsidentin: Merci, Oliver. Wir sind beim Votum der Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich kann es kurz machen, ich habe vorher ein bisschen mehr ausgeführt. Ja, es ist unbestritten, dass Frauennamen generell bei den Strassenbezeichnungen nach wie vor deutlich untervertreten sind. Der Gemeinderat unterstützt deshalb eben auch das Anliegen des Vorstosses bei künftigen Strassenbenennungen sollen insbesondere auch Frauen berücksichtigt werden, die sich in der Friedensarbeit engagiert haben. Und wie ich schon vorhin gesagt habe, wir haben ja jetzt neue Strassen und dann werden wir das auf jeden Fall angehen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über diese Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 014

2022.SR.000066: als Richtlinie	
Annahme	
Ja	40
Nein	15
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Motion als Richtlinie angenommen. Wir nehmen den Begründungsbericht so zur Kenntnis.

2023.SR.0104

7 Postulat Fraktion AL/PdA (Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA): Grüne Welle für zu Fuss Gehende

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 7, ein Postulat der AL-PdA-Fraktion: Grüne Welle für zu Fuss Gehende. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Es fühlt sich jetzt ein bisschen komisch an, über eine Ampel zu reden nach dem vorherigen Thema, aber da sind wir. Mit dem Postulat "Grüne Welle für zu Fuss Gehende" haben wir den Gemeinderat aufgefordert zu prüfen, wie die grüne Welle, der Traum aller Autofahrer*innen, auch für Fussgänger*innen, ermöglicht werden kann. Insbesondere bei Kreuzungen ist das ein Thema. Man kann die erste Strasse nach ein paar Minuten warten überqueren, um nachher bei der nächsten Strasse, die man an der Kreuzung passieren will, wieder durch eine rote Ampel aufgehalten zu werden. Eine Stadt wie Bern, die Nachhaltigkeit in das Zentrum der Entwicklung der Mobilität setzt, muss zum Ziel haben, dass sich Fussgänger*innen möglichst frei, möglichst schnell von A nach B bewegen können. Nur so werden wir die in der Antwort erwähnten Stadt von den kurzen Wegen. Die Antwort auf das Postulat tönt dann auch gut. Man sieht das Verbesserungspotenzial bei der Breite und Durchgängigkeit der Gehwege, bei Mischverkehrsflächen und so weiter. Der Gemeinderat

verspricht dann in seiner Antwort auch, dass das Fusswegnetz dementsprechend ausgebaut wird anhand des Masterplans Fussverkehr. Kleine grüne Wellen gibt es schon, Anmeldungen werden teilweise weitergereicht, die Grünzeit werde verlängert. Das tönt alles sehr gut und im Sinne des Postulats. Die AL/PdA-Fraktion empfiehlt deshalb das Postulat zur Annahme und ist einverstanden, die Stellungnahme auch gleich als Prüfungsbericht anzunehmen. Wir behalten uns aber vor, die Situation weiterhin zu beobachten und wenn nötig, hier im Stadtrat nochmals zu diskutieren beziehungsweise einzubringen, beziehungsweise dann nachher auch das Postulat der SP-JUSO-Fraktion zu unterstützen, dass eine schlaue Ampel fordert. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Matteo. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Katharina Gallizzi für die GB/JA!-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wir sind uns hier alle einig, dass zu Fuss gehen, die ökologischste, die platzsparenste und auch naheliegendste Verkehrsform ist. Sie braucht keine Hilfsmittel und entsprechend auch keine Parkplätze und grundsätzlich sehr wenig Infrastruktur. Es ist entsprechend klar, dass zu Fuss gehen die Fortbewegungsart ist, die am meisten gefördert werden sollte, aber nicht nur aus ökologischen und stadtplanerischen Aspekten soll den Fussverkehr oberste Priorität haben, sondern auch weil die zu Fuss Gehenden die verletzlichste Gruppe von Menschen ist. Ältere Menschen, Kinder oder auch Menschen mit einer Beeinträchtigung sind häufig zu Fuss unterwegs und ihnen muss bei der Verkehrsplanung besonders viel Beachtung geschenkt werden. Vor diesem Hintergrund stehen wir ganz hinter der Forderung des Postulats und werden das annehmen. Die Antwort des Gemeinderates scheint uns hingegen ein bisschen mager und fantasielos, um als Prüfungsbericht zu dienen. Hier sind wir ein bisschen kritischer als die Einreichenden. Das habe ich gerade gemerkt.
Uns ist bewusst, dass die Steuerung einer Lichtsignalanlage eine hochkomplexe Sache ist und dass man nicht allen Anforderungen gleichzeitig gerecht werden kann. Trotzdem kann uns der Bericht des Gemeinderats nicht überzeugen, dass alles getan wird, um den zu Fuss Gehenden das Leben auf den Kreuzungen möglichst einfach zu machen. Dort steht zum Beispiel, dass das Queren beider Übergänge in einem Zug nach Möglichkeit immer gewährleistet wird. Ausnahmen bilden der kreuzende ÖV oder Veloverkehr. Wenn ich das richtig interpretiere, heisst das, dass die zu Fuss Gehenden nur gegenüber dem MIV priorisiert werden. Es geht uns von der GB/JA!-Fraktion nicht darum, Fuss-, Veloverkehr und ÖV gegeneinander auszuspielen, aber wir würden uns schon eine etwas differenziertere Beachtungsweise wünschen. Muss der ÖV zum Beispiel wirklich immer vor dem Fussverkehr priorisiert werden oder gäbe es Strecken, die dem Letzteren doch eher den Vorrang geben sollte?
An neuralgischen Stellen mit viel Fussverkehr, wie zum Beispiel rund um den Bahnhof, würden wir zumindest eine konsequente Bevorzugung des Fussverkehrs in Betracht ziehen. Diese Überlegungen werden vielleicht auch gemacht, aber das geht leider aus der Antwort des Gemeinderates nicht hervor. Auch der Pilotversuch in Basel mit Ampeln, die zu Fuss Gehende selbst anmeldet, hat in unseren Augen ein interessantes Potenzial. Wir würden darum gerne mehr über die Ergebnisse des Versuches erfahren und darüber, ob man die Erkenntnisse auch für Bern nutzen könnte. Aus unserer Sicht soll zudem die Einrichtung von Fussverkehrshauptrouten, wie sie in der Antwort erwähnt wird, genauer geprüft werden. Wir werden deshalb den Prüfungsbericht des Gemeinderates ablehnen und wünschen uns einen neuen Prüfungsbericht, der eine etwas differenzierte Betrachtungsweise aufzeigt und auch die Erkenntnisse von dem Pilotversuch in Basel miteinbeziehen würde.

Präsidentin: Danke, Katharina. Für die FDP-JF-Fraktion, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich weiss nicht genau, von welcher Stadt die Postulanten in ihrem ideologisch aufgeladenen Vorstoss reden. Auf jeden Fall ist es nicht Bern, denn dort ist der Modalsplit so wie das ÖV- und das Langsamverkehrangebot bereits sehr fortschrittlich. Für das Anliegen der Verkehrssicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger haben wir von der Fraktion FDP-JF Verständnis, aber dieser Vorstoss ist zu wenig differenziert und schiesst – sorry für den Ausdruck – mit Kanonen auf Spatzen. Es braucht wie immer eine saubere Analyse des konkreten Einzelfalls, um zu beurteilen, wie das Vortrittsregime und die Prioritäten geregelt werden sollen. Zudem ist es wichtig, auch die Strassenhierarchie oder den Charakter der Verkehrsbeziehung anzuschauen. Auf einer siedlungsorientierten Strasse gibt es eine andere Priorität als auf einer verkehrsorientierten Strasse. Die Umsetzung des Vorstosses würde materiell somit auch die ÖV-Priorisierung infrage stellen. Dass das Vorhaben vor allem auf das Einbremsen des MIV abzielt, ist offensichtlich. Eine flächendeckende zu fussgehende Priorisierung ist zwar technisch machbar, sie ist aber weder praktikabel noch ökonomisch sinnvoll. Es wäre ein grosser technischer Aufwand notwendig, all diese Sensoren und Detektoren zu installieren. Die Investitionskosten stehen aus unserer Sicht in einem schlechten Kosten- und Nutzenverhältnis, von den Unterhaltskosten wollen wir schon gar nicht sprechen. Fazit: Wir von der Fraktion FDP-JF finden die Umsetzung der Forderungen im Einzelfall als prüfenswert, und das wird, so ist es zumindest der Antwort des Gemeinderates zu entnehmen, schon heute weitestgehend gemacht. Eine flächendeckende und generelle Priorisierung des Fussverkehrs hingegen lehnen wir als zu undifferenziert ab. Wir lehnen deshalb auch das Postulat ab und nehmen den Prüfungsbericht an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Oliver. Für die SP-JUSO-Fraktion, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP): Die SP-JUSO unterstützt das Postulat. Wir finden auch, dass für den Fussverkehr in der Stadt Bern noch mehr getan werden könnte. Und gerade, wenn wir jetzt über die Kosten für die Verbesserungen, die vorhin angesprochen wurden, sprechen, stehen diese in keinem Vergleich zu den Kosten, die der Autoverkehr verursacht. Das Miteinander der verschiedenen Fortbewegungsmittel geht auch uns noch zu oft zu Ungunsten und auf Kosten von Fussgängerinnen und Fussgängern. Wir werden aber auch den Postulatsbericht annehmen, weil wir der Meinung sind, es sei besser und wirkungsvoller, die Ressourcen nicht in die Verbesserung von Berichten, sondern in konkrete Massnahmen einzusetzen.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat Marieke Kruit das Wort für den Gemeinderat.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen des Postulats, er hat sich ja zum Ziel gesetzt den Fussverkehr zusammen mit dem Veloverkehr und dem öffentlichen Verkehr, als energieeffiziente und stadtverträgliche Verkehrsarten zu fördern. Das Fussnetz in der Stadt Bern wird laufend ausgebaut, so wie sicherer und auch attraktiver gestaltet. Als Leitlinien dient der neu erarbeitete Masterplan Fussverkehr. Im Massenplan sind auch Grundsätze für die Steuerung von Lichtsignalanlagen für den Fussverkehr festgehalten. Dazu gehören unter anderem eben auch die Reduktion von Wartezeiten und die Verlängerung von Grünzeiten für Fussgängerinnen und

Fussgänger. Damit entsprechen sie den Forderungen des Postulats. Grünzeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger werden bereits heute natürlich optimiert, zum Beispiel mit kleinen grünen Wellen bei Übergängen mit Mittelinseln oder mit Grünzeiten, die via Bewegungsmelder verlängert werden können. Davon profitieren auch mobilitätseingeschränkte und langsamere Personen. Eine durchgehende Priorisierung des Fussverkehrs bei Lichtsignalanlagen das ist allerdings halt auch schwierig und da muss man noch eine Interessensabwägung machen, weil es dann schon weitreichende Auswirkungen hat, besonders natürlich auf den öffentlichen Verkehr und aber auch auf den Veloverkehr. Zudem wäre das auch technisch nicht bei allen Lichtsignalanlagen einfach so umsetzbar. Zurzeit läuft in Basel ein Pilotprojekt mit Kameras an Ampelanlagen, die eben Fussgängerinnen und Fussgänger erkennt und eine Anmeldung auslöst. Wir beobachten die Entwicklung in Basel und sind in Kontakt mit Basel. Das könnte auch etwas Interessantes sein für Bern, aber es macht wirklich 0 Sinn, jetzt ein Pilotprojekt zum gleichen auch hier in Bern zu machen, weil so fest unterscheiden sich jetzt die Baslerinnen und Basler von den Bernerinnen und Bernern, was zu Fuss gehen unterwegs betrifft auch nicht. Also von dem her, werden wir das aber auf jeden Fall im Auge behalten.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen und stimmen zuerst über die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 015

2023.SR.0104

Annahme

Ja	54
Nein	7
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir stimmen über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung Nr. 016

2023.SR.0104: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	51
Nein	12
Enthalten	1

Präsidentin: Der Prüfungsbericht ist angenommen.

2023.SR.0190

8 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser): Die Mitbestimmung beim Entscheid über Begegnungszonen

muss verbessert werden! Im Sinne der Stadt der Beteiligungen sei der Kreis der Mitwirkenden zu erweitern!

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 8, eine Motion der SVP-Fraktion: Die Mitbestimmung beim Entscheid über Begegnungszonen muss verbessert werden. Ich erteile den Einreichenden das Wort und die sind nicht da, verzichten. Dann sind wir bei den Fraktionserklärungen. Timur Akçasayar für die SP-JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Ja, auch wenn die Einreichenden nichts sagen wollen, finde ich, dass wir doch noch etwas zu dieser Motion sagen müssen. Der vorliegende Vorstoss hat einen sehr tollen Titel. Die Mitbestimmung muss verbessert werden. Der Titel tönt gut. Dem können wir zustimmen, aber die gestellten Forderungen finden wir hingegen weniger gut und können sie nicht unterstützen. Für uns SP/JUSO sind die Begegnungszonen ein zentrales Element für eine lebenswerte Stadt. Mit Begegnungszonen werden die Bedürfnisse aller Nutzenden des Strassenraums berücksichtigt. Die seit Jahren gängige Praxis des Gemeinderates, dass solche Begegnungszonen durch Quartierorganisationen eingefordert werden, finden wir sinnvoll. Und auch, dass die Quartierorganisationen zusätzliche Begegnungszonen haben wollen, finden wir auch gut. Unabhängig von der UNO-Kinderrechtskonvention macht es Sinn, dass Kinder ab 8 Jahren mitbestimmen können. Kinder nutzen den öffentlichen Raum intensiv für den Schulweg, zum Spielen, zum Entdecken, um Freundschaften zu schliessen und zum Erwachsen werden. Die Perspektiven von Kindern sind anders als die von uns Erwachsenen und um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, müssen die Kinder aktiv einbezogen werden. Wir müssen nicht nur zuhören, sondern sie ermutigen, ihre Meinungen und Wünsche zu äussern. Für uns als SP-JUSO-Fraktion ist es nur logisch, dass diese Kinder in den Planungsprozess einbezogen werden. Die Befürchtungen der Einreichenden, dass sich Kinder in diesem Alter von Eltern und Bezugspersonen beeinflussen lassen, teilen wir nicht. Es gibt keine Anzeichen für eine solche Vereinnahmung durch Erwachsene, weder beim Kinderparlament der Stadt Bern noch bei der Schüler*innenmitwirkung bei Schulsanierungen oder bei der Spielplatzgestaltung. Wir fragen uns eher, ob die Planungs- und Verwaltungsprozesse der Stadt Bern kindergerecht sind und ob Bern stufengerecht kommuniziert und die Bedürfnisse der Kinder richtig einbezieht. Kommen wir zur Forderung: Der Erweiterung des Kreises auf Eigentümer*innen von Böden beziehungsweise Liegenschaften, die nicht in der betroffenen Nachbarschaft leben, sehen wir grössere Probleme. Die ausserorts lebenden Eigentümerinnen und Eigentümer haben keine Ahnung über die alltäglichen Bedürfnisse der Bewohnenden. Bei einer Begegnungszone geht es darum, wie der öffentliche Strassenraum durch Menschen genutzt und gestaltet wird. Es geht nicht darum, dass der Raum für eine noch höhere Rendite aufgewertet wird. Nicht die Besitzenden, sondern die Nachbarschaft von Jung bis Alt soll den öffentlichen Raum zu gestalten. Deshalb lehnen wir als Fraktion diesen Vorstoss ab. Merci.

Präsidentin: Merci, Timur. Gibt es Einzelvoten? Dann kommen wir zum Votum der Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Zurzeit läuft die Realisierung von Begegnungszonen in der Stadt Bern nach einem standardisierten Verfahren ab. Es stellt die Beteiligung der direkten Anwohnerschaft ins Zentrum. So können die Bedürfnisse der direkt betroffenen Bevölkerung in die Planung einfliessen. Auch das lokale Gewerbe wird einbezogen. Dieser Prozess hat sich bestens bewährt. Inzwischen verfügt die Stadt über rund 150

kleine und neu auch grossflächige Begegnungszonen. Das hat eine positive Auswirkung auf das Wohnumfeld und natürlich auch auf die Verkehrssicherheit in den Quartieren. Der Gemeinderat will deshalb auch an der bewährten Praxis festhalten. Er möchte auch in Zukunft darauf verzichten, die auswärtigen Hauseigentümerschaften an dieser Mitwirkung zu beteiligen, weil das wirklich nicht unbedingt zur Verbesserung des Verfahrens beitragen würde. Wir beantragen deshalb dem Stadtrat, diese Motion abzulehnen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen zur Abstimmung über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 017

2023.SR.0190: als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	48
Enthalten	0

Präsidentin: Die Motion ist abgelehnt.

2024.SR.0040

9 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GFL (Katharina Gallizzi, GB/Lea Bill, GB/Nora Joos, AL/Michael Ruefer, GFL): Wo steht die Umsetzung der Massnahme "8m Reduktion des Angebots öffentlicher Parkplätze" der Energie- und Klimastrategie?

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 9. Das ist eine interfraktionelle Interpellation. Ist die Diskussion durch die Einreichenden erwünscht? Gut, dann stimmen wir zuerst darüber ab, ob die Diskussion gewährt wird, wenn 1/3 zustimmt, dann gibt es eine Diskussion und sonst eine kurze Erklärung.

Abstimmung Nr. 018

2024.SR.0040: Diskussion	
1/3-Quorum erreicht	
Ja	36
Nein	18
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Das wird mein letztes Votum sein in dieser Legislatur. Ich freue mich, dass ich auch das nächste Mal vielleicht wieder etwas sagen darf und danke allen, die jetzt leider nicht mehr dabei sind für ihr Engagement. Zuerst möchte ich der Verwaltung danken, wenn wir schon am Danke sind, für ihre Antwort und die vielen Daten und Statistiken, die sie dafür zusammengetragen haben.

Leider sind aber die Zahlen eher etwas ernüchternd. Seit der Gemeinderat 2019 verkündet hat, er wolle die Hälfte von den öffentlichen Parkplätzen abschaffen, sind gerade mal 867 Parkplätze verschwunden, was 5% entspricht.
Allerdings sind gleichzeitig 1'200 private Parkplätze gebaut worden. Wir haben also insgesamt 340 Parkplätze mehr als noch vor 5 Jahren. So erstaunt es eigentlich nicht, dass der Gemeinderat die Parkplatzabbaumassnahme wieder aus der Energie- und Klimastrategie gestrichen hat. So kann man es auch machen, man beschliesst zuerst eine Massnahme, kommt dann nicht auf Kurs und anstatt alles daran zu setzen, das Ziel zu erreichen, streicht man das Ziel einfach aus der neuen Strategie heraus. Interessant ist auch die Antwort zu Frage 4: Der Anteil von Parkplätzen wäre ja eigentlich eine Massnahme zum das Autofahren unattraktiv zu machen und so den MIV zu reduzieren. Der Gemeinderat dreht in seiner Antwort den Spiess aber um. Er will zuerst die Alternative zum Auto ausbauen, damit er Parkplätze widerstandsloser abbauen kann. Das scheint mir doch eher ein spezieller Ansatz. Ebenfalls interessant ist die Antwort zu der Frage 3: Der Gemeinderat begründet dort, dass die Parkplätze nicht können abgebaut werden, weil zu viele Parkkarten im Umlauf seien.
Also diese Erkenntnis ist jetzt nicht neu, denn in der Massnahme 8A von der alten Energie- und Klimastrategie will der Gemeinderat ja parallel zum Parkplatzabbau auch die Regelung für die ausgegebenen Parkkarten anpassen. Umso absurder erscheint es mir, dass das jetzt so hier aufgeführt wird. Schliesslich ist der Verkauf von Parkkarten nicht einfach ein Gott gegebenes Geschäft, sondern es wird von der Stadt gemacht und es liegt also in der Hand der Stadt, die Anzahl verfügbarer Karten zu beschränken, damit die Parkplätze und damit auch der MIV in der Stadt reduziert werden können. Wir Interpellant*innen verstehen nicht, warum man das nicht schon lange an die Hand genommen hat. Schliesslich hat man bis jetzt 5 Jahre Zeit gehabt. Ja, aber jetzt komme ich zum versöhnlichen Teil meines Votums. Jetzt scheint endlich etwas zu gehen, wie bei der Frage 7 ausgeführt wird, und Lösungen zur Reduktion von den ausgegebenen Parkkarten werden gesucht. Wir hoffen einfach, dass das jetzt wirklich umgesetzt wird und dass es nicht noch einmal 5 Jahre dauert, bis dann die Massnahmen zur Reduktion von den verkauften Parkkarte auch umgesetzt werden. Wie wir schon bei den Diskussionen zur ZBB gehört haben, ist der MIV viel weniger gesunken, als man eigentlich geplant hat. Der Handlungsbedarf ist also nach wie vor gross und wir vorwärtsmachen müssen.

Präsidentin: Danke, Katharina. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Über was reden wir hier eigentlich? Im Parkierungskonzept von der TVS aus dem Jahr 2018 steht zu den öffentlichen Parkplätzen: "Die Bereitstellung eines Angebots an Parkplätzen für die Nutzer einer Liegenschaft liegt in der Verantwortung der Liegenschaftsbesitzer. Der öffentlichen Parkierung kommt die Aufgabe zu, allenfalls ein ergänzendes Angebot zur Verfügung zu stellen, soweit der Bedarf gegeben ist und die Handlungsspielräume vorhanden sind." Das heisst, wir reden hier über ein ergänzendes Angebot, denn 5/6 der Parkplätze in der Stadt sind privat und nur ein kleiner Teil davon in Parkhäuser. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat 2015 den Auftrag erteilt minus 12% öffentliche Parkplätze innerhalb von 10 Jahren. Das sind circa 2000 Parkplätze weniger. 200 Parkplätze weniger pro Jahr soll das etwa bedeuten und wir können in der Antwort auf die Interpellation lesen, dass man hier auf Kurs ist. Man schafft es mit der aktuellen Politik, die Vorgabe einzuhalten.

Es ist Zeit, dass sich der Gemeinderat hier das Ziel für die 10 Folgejahre setzt, das heisst also ab 2026. Jetzt zur Massnahme 8M, wie es so schön heisst aus dem erweiterten Handlungsplan Klima, der Gegenstand ist von dieser Interpellation. Dort steht mittelfristig 50% von den ursprünglichen 17'000 Parkplätze sind abzubauen und das ist definitiv im Gegensatz zu diesen minus 12% öffentlichen Parkplätzen sehr viel ambitionierter. Wenn man jetzt minus 12%, nämlich über weitere 10 Jahre weiterverfolgt, landet man etwa 2036 bei 13'000 Parkplätzen und das Ziel würde also bis dann zur Hälfte erreicht. Circa 2056 habe ich etwa einmal extrapoliert, würde man dann bei minus 50% landen und würde das Ziel der Massnahme 8M erreichen, 11 Jahre also nach Netto 0. Ist das jetzt gut, dass man innerhalb von 10 Jahren minus 12% erreicht hat oder ist es schlecht, dass man minus 50% erst in mehr als 30 Jahren erreicht. Das ist schwierig zu beurteilen. Dafür lohnt sich der Blick zurück, nämlich in das schon erwähnte Parkierungskonzept der TVS aus dem 2018 dort ist eine Zeile von Massnahmen und eine ganze Auslegeordnung gemacht worden, was man alles ändern könnte, namentlich um die öffentliche Parkierung aus dem öffentlichen Raum zurückzudrängen, Anreize bei den Anwohnerparkkarte zu verbessern und die Verlagerung auf den Umweltverbund zu begünstigen. Die übergeordnete Strategie heisst aktive Parkraumbewirtschaftung. Dazu gehören die Tarife, die die Leute ausserhalb der Stadtgrenzen zum Umsteigen auf den ÖV bewegen, weg von der Oberflächenparkierung in die Parkhäuser locken, Park und Ride im Vergleich zur Zentrumsparkierung günstiger machen und die Innenstadtparkierung vor allem so anordnen, dass der Gewerbeverkehr Platz hat, nicht illegal parkiert wird und Plätze und Gassen in der Innenstadt mehr Aufenthaltsqualität erhalten.
Diese Massnahmen zur Innenstadt, die sind ebenfalls in einem Konzept niedergeschrieben im Verkehrskonzept "Wirtschaftsstandort Innenstadt 2017" zuhanden des Gemeinderats. Jetzt ist es leider so und das muss man Rückblickend sagen, sind die meisten von diesen Massnahmen auf Konzeptebene stecken geblieben und nie in einen Umsetzungsplan hineingeflossen. Ich hoffe jetzt einmal zu glauben, dass das vor allem auch mangelnden Ressourcen geschuldet ist. Andere Massnahmen wurden zum Teil beschlossen, ein Teil umgesetzt, ein Teil leider juristisch blockiert. So sind zum Beispiel blaue in weisse Parkplätze umgewandelt worden. um kurze Parkierungen bei Events in Quartiere einzudämmen. Die Tarife der Anwohnerparkkarten wurden, wie schon erwähnt, angepasst und sind aber immer noch juristisch blockiert. Ebenfalls blockiert ist das Verkehrsregime und die Parkierung in der unteren Altstadt. Nach 2018, das kann man glaube ich aus heutiger Sicht sagen, braucht es jetzt unbedingt für die nächste Legislatur ein Update mit neuen Vorschlägen und einem neuen Massnahmenplan für die nächsten Jahre. Ausgeklammert in dieser ganzen ein bisschen innerstädtischen Parkierungsdiskussion ist der Verkehr, wo verursacht wird durch die zupendelnde Bevölkerung sage ich jetzt mal, von ausserhalb der Stadt. Dort sieht man andere Mobilitätsmuster.
Etwa 35% der Wagen der Zupendelnden wird durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) generiert, bei der städtischen Bevölkerung ist das nur rund 1/5. Das heisst also, auch die Region hat natürlich eine grosse Aufgabe, ihr kommt eine grosse Aufgabe zu, dass man das Verkehrsmanagement in den nächsten Jahren dringend verstärkt, jetzt vor allem auch nach dem Autobahn Nein, wo das grösste Projekt tatsächlich in der Region hier gewesen ist und aber auch im Zuge von der Umsetzung des Veloweggesetz und auch vom regionalen Veloverleihsystem, den wir ja vor etwa 2 Wochen gerade beschlossen haben. Ich möchte zusammenfassend sagen, mit dem Start der neuen Legislatur soll sich der Gemeinderat unbedingt ein neues Parkierungskonzept vornehmen. Massnahmen wie der Bezug der Anwohnerparkkarten müssen jetzt mit Hochdruck

vorangetrieben werden. Die Tarife in den Parkhäusern mit städtischer Beteiligung sollen überprüft werden und der Gemeinderat soll sich ein neues Zehnjahresziel für den Abbau von öffentlichen Parkplätzen setzen. Die Allianz von der Mobilitätskonferenz und alle anderen Verkehrsverbände sind da sicher bereit, sich mit Vorstössen einzubringen im nächsten Jahr. Merci vielmal.

Präsidentin: Merci, Michael. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die FDP-JF-Fraktion. Oliver Berger. Einen Moment, jetzt ladet gerade mein Gerät nicht. Kann ihn jemand abmelden und wieder anmelden?

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP-JF findet die versteckte Absicht der Interpellanten nicht zielführend. Einmal mehr werden hier alte Feindbilder bedient und die einzelnen Verkehrsmittel gegeneinander ausgespielt. In der rot-grünen Ideologie ist das Auto offenbar immer noch das Feindbild Nummer 1. Eine Projektionsfläche, die sich der Anti-Kapitalismus gepaart mit dem Klimaaktivismus aufreiben kann. Es braucht ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander. Es gibt jetzt schon Stadtviertel, wo doppelt so viele Parkkarten verkauft werden, wie es Plätze gibt. Da sind Nutzungskonflikte vorprogrammiert. Die Stadt will öffentliche Stellplätze für den ruhenden Verkehr abbauen, aber wo sollen denn die Leute hingehen, die keine Einstellhalle haben und trotzdem auf ein Auto angewiesen sind. Da soll offenbar der Verkehr, und da zitiere ich Frau Kruit, einfach verdunsten, wie sie vor kurzer Zeit mir einmal sagte. Es braucht Augenmass und nebst dem Einbezug der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner auch ein Mitwirken der Wirtschafts- und Verkehrsverbände. Die Bevormundung und die realitätsfremde Mobilitätspolitik/Verbotspolitik, die muss aufhören. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Gibt es Einzelvoten? Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ja der öffentliche Raum das ist nicht einfach ein Parkplatz, sondern das ist vielmehr. Der Nutzungsdruck im öffentlichen Raum, der ist gross und die Anliegen an den Raum sind sehr vielfältig. Deshalb hat die Stadt ein Interesse, dass die Autos, die es noch hat, vor allem im privaten Bereich abgestellt werden und dass die Leute, vor allem auch die Pendelnden, mit dem nachhaltigen Verkehr unterwegs sind. Erfreulich ist ja, dass schon über die Hälfte der Berner Haushalte kein Auto mehr hat. Wichtig ist, wenn wir die Parkplätze abbauen, dass wir sorgfältig die Auslastung überprüfen, denn die Stadt hat wirklich kein Interesse an den Suchverkehr in den Quartieren. Und sicher ist es auch ganz wichtig, dass wir immer transparent informieren, wenn wir einen Parkplatzabbau machen. Auch im Auge behalten müssen wir die Verhältnismässigkeit, denn wir haben kein Interesse an langwierigen Prozessen wegen Einsprachen. Und zudem müssen wir noch ein paar Hausaufgaben machen, das habt ihr auch schon erwähnt, unter anderem eben die Parkkartenverordnung anpassen und dort wirklich ganz klare Kriterien festlegen, wie das zum Beispiel eben auch Luzern macht. Da sind wir jetzt dran, wieder, es sind viele Projekte blockiert durch Einsprachen. Wir haben jetzt zwar ein bisschen weniger Einsprachen, aber das gibt es natürlich immer noch. Jetzt haben wir gerade den Bescheid erhalten, dass die geplante Erhöhung der Parkkarten und der Parkgebühren eben weitergezogen wird an das Verwaltungsgericht. Es geht jetzt wieder länger und recht bekommen haben wir auch vom Regierungsstatthalteramt beim Verkehrskompromiss unten in der Altstadt, aber auch da wird der Entscheid weitergezogen. Die Einsprachen bremsen auch den Prozess. Es

gibt Faktoren, die wir eben wirklich nicht direkt beeinflussen können, aber wichtig ist schon, dass wir beim Abbau die Bevölkerung informieren und auch aufzeigen, was der Gewinn dieser Reduktion ist. Denn verhärtete Fronten bringen uns wirklich nicht weiter.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir stimmen hier nicht ab, sondern erfragen den Zufriedenheitsgrad und ich habe gehört, dass die Einreichenden zufrieden sind mit der Antwort.
Dann ist noch ein Antrag eingegangen von der FDP/JF-Fraktion betreffend Traktandum 8, und zwar eine Wiedererwägung. Eine Wiedererwägung ist nicht dasselbe wie ein Rückkommen, denn das Traktandum ist bereits abgeschlossen. Das heisst, wenn 2/3 zustimmen, würden wir beim nächsten Termin das Traktandum noch einmal aufnehmen. Wir stimmen ab über die Wiedererwägung von Traktandum Nummer 8.

Abstimmung Nr. 019

2023.SR.0190: Wiedererwägung Traktandum 8	
2/3 Quorum nicht erreicht	
Ja	30
Nein	36
Enthalten	2

Präsidentin: Die ihr habt die Wiedererwägung abgelehnt. Wir hätten es fast geschafft, das Traktandum, also die Traktandenliste abzuarbeiten. Das wäre, glaube ich, das allererste Mal gewesen in diesem Jahr, weil ich aber sehr gerne noch meine Abschlussrede halten würde, machen wir das jetzt halt nicht.
Wir sind fast schon am Ende dieser Sitzung und deshalb werde ich gerne noch ein paar Sachen für das Protokoll sagen, meine ganz persönliche...
Gespräch mit Einreichenden ohne Mikrofon.

2024.SR.0110

10 Motion Niklaus Mürner (SVP), Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP): Fahrerinnen von Cargobikes schützen

Präsidentin: Okay gut, gibt es Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Votum des Gemeinderates? Wird es bestritten? Grossartig, vielen Dank. Dann haben wir es tatsächlich geschafft, die Traktandenliste noch abzuarbeiten. Ah, sie ist bestritten. Ah gut, also dann stimmen wir darüber ab.

Abstimmung Nr. 020

2024.SR.0110	
Ablehnung	
Ja	6
Nein	62
Enthalten	1

Präsidentin: Die Motion ist abgelehnt.

Viel herzlichen Dank an dieser Stelle. Ich probiere es jetzt noch einmal mit meinen Abschlussworte. Das, was ich jetzt sage, das ist für das Protokoll. Mein persönlicher Rückblick, der kommt nachher in der "Heiteren Fahne", also alle, die den auch noch hören wollen, kommt doch alle. Ich würde mich sehr freuen.
Genau, es geht nicht nur mein Präsidialjahr zu Ende, sondern auch eine Legislatur und ganz am Anfang dieser Legislatur haben wir sehr viel gelesen über uns als Parlament. Wir haben gesagt, es ist eine Legislatur voller Superlativen. Einerseits hat es eine grosse linke Mehrheit. Ein paar, zum Beispiel ich, haben das grossartig gefunden und ein paar andere – das haben wir immer mal wieder gehört in den letzten 4 Jahren – haben gefunden, das sei zu ideologisch. Auch heute haben wir uns das, das eine oder andere Mal anhören können. Gleichzeitig, das ist sicher allen bekannt, sind wir wahrscheinlich das weiblichste Parlament einmal gewesen, wahrscheinlich weltweit und auch eines von den jüngsten. Und dass ich, ganz am Schluss dieser Legislatur, noch das Parlament repräsentieren und präsidieren durfte, das habe ich während des ganzen Jahres als eine riesengrosse Ehre empfunden. Ich wollte mich in diesem Jahr mit der Frage auseinandersetzen, wie wir den Stadtrat und die Politik zugänglicher machen können und so viel kann ich schon vorwegnehmen, ich habe leider immer noch keine definitive Antwort. Aber ich hoffe, dass ich zusammen mit dem Ratsbüro die Diskussion angestossen habe, dass wir Massnahmen in den Weg geleitet haben, damit wir dann später näherkommen an die Antwort, wie wir die Politik zugänglicher machen können. Denn ich sage es heute wieder und ich sage es immer wieder, es geht um eine grundlegende demokratie-politische Frage: Wer hat Zugang zu Politik und wer nicht?
Es ist dieses Jahr auch sehr viel darüber berichtet worden, dass die anfängliche riesige Frauenmehrheit von 70%, etwa 10% hat müssen einbüssen. Man hat nach Gründen gesucht. Man hat sich gefragt, sind die Frauen vielleicht zu wenig belastbar, haben sie zu hohen Anforderungen an sich selbst oder wollen sie es einfach zu wenig. Aber wenn man das dann ein bisschen genauer angeschaut hat, hat man relativ schnell gemerkt, dass das hauptsächlich mit einer hohen Fluktuationsrate zu tun hat und das ist nicht nur in dieser Legislatur so gewesen, dass sehr viele Menschen aus dem Parlament gehen während einer Legislatur. Und man hat herausgefunden, dass nicht nur, aber auch die schwierige Vereinbarkeit des Mandates mit anderen Lebensbereichen herausfordernd ist. Und genau das hat auch unsere Umfrage ergeben, die wir im Ratsbüro gemacht haben mit euch hier drinnen. Denn 87 % des Stadtrates haben gesagt: "Ja, es ist eine Herausforderung, die Vereinbarkeit." Und gleich und da bin ich mir ganz, ganz sicher empfinden es die allermeisten, wenn nicht gar alle hier drinnen es als riesiges Privileg, dass wir im Stadtrat sein dürfen und dass wir die Stadt, wo wir drinnen leben, mitgestalten dürfen. Deshalb ein erster Schritt in Richtung mehr Vereinbarkeit werden wir hoffentlich nächstes Jahr machen mit dem Stellvertretungssystem, wenn das die Stimmbevölkerung annimmt. Und sonst weitere Massnahmen werden aktuell ausgearbeitet. Und es ist auf jeden Fall wichtig, dass wir da weiter dranbleiben.
Die Politik zugänglicher machen, unter dem verstehe ich auch, dass wir der Bevölkerung unsere Politik näherbringen, dass die Berner Bevölkerung überhaupt weiss, was wir die ganze Zeit diskutieren und entscheiden. Und wir haben es alle mitbekommen, es war ein Wahljahr. Es wurde sicher mehr berichtet über unsere Politik. Und ich weiss nicht, wie es euch geht, aber mir ist es eher so gegangen, dass ich das Gefühl habe, es haben die Allermeisten hauptsächlich über die Gemeinderatswahlen berichtet. Bleibt es ein 4-1? Wird es ein 3-2? Wird endlich die rot-grüne unselige Dominanz durchbrochen? Das war eigentlich die grosse Frage, mit der wir uns dieses Jahr beschäftigt haben und Spoiler, es hat jetzt leider nicht geklappt. Und ich habe auch gemerkt, dass über den Stadtrat selbst zu wenig berichtet wurde, obwohl ich an dieser Stelle "die

Hauptstadt" erwähnen möchte mit dem Stadtratsbrief und auch Chrigu, der jetzt gegangen ist von der SDA, die eigentlich bei jeder Sitzung hier mit uns gesessen sind und uns zugehört und darüber berichten haben. Ganz herzlichen Dank an dieser Stelle. Ich bin letztes Wochenende an den Berner Medientagen gewesen und ich habe mich im Verlauf immer mal wieder mit Journalist*innen unterhalten darüber, wieso dass so wenig berichtet wird über unsere Arbeit. Die Antworten werden euch nicht gefallen. Das eine ist offensichtlich, es hat weniger Ressourcen, es wird überall gespart und ich habe mir auch anhören müssen, dass es halt einfach auch nicht so interessant sei. Und da muss ich sagen, Lokalpolitik ist nicht nur sexy, es hat nicht nur reisserische Titel und es bringt auch nicht die meisten Klicks oder Likes oder was auch immer.
Aber ich sage jetzt noch einmal: Wir entscheiden über absolut grundlegende Themen, die die Berner Bevölkerung im Alltag betrifft. Und es ist wichtig, was für Arbeit wir hier drin machen. Und wenn wir über Beträge in Millionenhöhe entscheiden, über ein Schulhaus, über eine Brückensanierung, über was auch immer, die Klimaanpassungsmassnahmen, dann bin ich der Meinung, dass das die Bevölkerung wissen muss, und zwar nicht erst dann, wenn wir rote Zahlen schreiben oder einen hohen Schuldenberg haben und die Leute wissen gar nicht, für was wir das Geld eigentlich ausgeben. Hier sehe ich die Verantwortung bei den Medien, dass sie hier die Übersetzungsarbeit leisten. Ich weiss, es ist ein schwieriger Markt. Das ist eine schwierige Situation, aber ich würde mich sehr dafür starkmachen, dass wir auch hier nach Lösungen suchen, wie wir das niederschwellig zugänglich machen können.
Es war mir auch ein Anliegen und ist es auch weiterhin, dass wir bei unseren Entscheidungen immer die Menschen im Blick behalten, die eben nicht in dem Rat vertreten sind. Das heisst, es sind Menschen, die nicht abstimmen können oder nicht wählen können, weil sie keinen Schweizer Pass haben oder keinen Aufenthaltsstatus, weil sie vielleicht eine Behinderung haben, weil sie minderjährig sind, weil sie auf der Gasse leben. Und darum habe ich im Rahmen meiner Möglichkeiten während meines Präsidialjahrs versucht Kontaktpunkte zu schaffen, zum Beispiel mit der Veranstaltung, mit dem Burgerrat der Burgergemeinde, dort durfte ich diese Veranstaltung dieses Jahr organisieren. Dort haben wir einen Ausflug gemacht in die kirchliche Gassenarbeit. Wir konnten eindrückliche Einblicke gewinnen in den Alltag und auch in die Probleme von Menschen auf der Gasse. Dann habe ich versucht, die Plattformen, die ich bekommen habe als Stadtratspräsidentin und das ist ein riesengrosses Privileg, zu teilen mit anderen Menschen. Zum Beispiel die 1. August-Rede letztes Jahr in Bümpliz da habe ich meine Redezeit geteilt mit 2 Kindern aus dem Kinderparlament und mit einer geflüchteten Aktivistin. Und dieses Jahr bin ich auf dem Bundesplatz gewesen, habe eine inklusive 1. August-Rede gehalten zusammen mit dem Theateratelier von der "Heiteren Fahne", wo wir vielleicht heute auch noch etwas sehen, und das ist eine wunderschöne Erfahrung gewesen. Und dann zuletzt auch noch mit dem Aufruf an den Zukunftstag, dass wir da Kinder und Jugendliche mitnehmen, damit auch Kinder schon früh Einblick bekommen und wissen, was wir eigentlich in der Politik so machen, den ganzen Tag.
Dann habe ich das Jahr natürlich nicht nur Veranstaltungen organisiert und besucht, sondern ich habe ja hauptsächlich auch hier Sitzungen geleitet und was wäre ich für eine Stadtratspräsidentin, wenn ich nicht auch den Pendenzenberg schnell erwähnen würde oder Effizienz. Das ist sehr wichtig und ich kann sagen, wir sind da wirklich sehr weit gekommen. Wir haben enorm viel abbauen können, es ist sogar mal so gewesen im Sommer, dass wir nur noch 11, wirklich nur noch 11 Vorstösse gehabt haben auf dem Pendenzenberg. Die schlechte Nachricht ist, das sind jetzt wieder ein bisschen mehr, und zwar wegen der Sommerpause und weil wir sehr viel Sachgeschäft gehabt haben. Aber ich kann sagen und hier einfach auch mal lobende Worte, das ist eine

Leistung von uns allen zusammen. Wir haben dazu beigetragen, ohne auf wichtige Debatten zu verzichten, dass wir endlich und bald wieder über wirklich aktuelle Themen diskutieren können.
Ich komme zum letzten Punkt, der mir sehr am Herzen liegt oder während dem Jahr sehr am Herzen gelegen ist und das ist der Respekt im Ratssaal. Ich habe an meiner Antrittsrede gesagt, dass ich es richtig finde, dass die Debatten emotional geführt werden, denn es ist wichtig, dass die Politik, die wir machen, uns berührt. Aber ich habe gesagt, ich finde es auch wichtig, dass wir diese Debatte mit dem nötigen Respekt führen, das heisst Respekt einerseits der Person, die uns gegenübersitzt, aber auch Respekt für die Meinung, mit der wir konfrontiert sind. Und darum haben wir Anfang Jahr zusammen mit der Fraktionspräsidienkonferenz Leitlinien verabschiedet. Die Leitlinien für Respekt im Ratssaal und ich kann sagen, ich bin enorm stolz, wie das funktioniert hier drin. Ich finde, die Debattenkultur hat sich verbessert. Man hört einander zu, teilweise, nicht immer, und geht auf die anderen ein. Es ist respektvoll miteinander umgegangen worden und ich finde das wirklich absolut lobenswert. Ein herzlicher Dank an alle zusammen. Und dann möchte ich mich am Schluss noch bedanken, einerseits beim Gemeinderat für die sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit. Ich möchte mich bei meiner Partei und bei meiner Fraktion dafür bedanken, für den Rücken stärken und den Rücken freihalten. Ich bedanke mich bei den sehr engagierten Mitarbeitenden des Ratssekretariats, die überhaupt die Grundlage dafür schaffen, damit wir unseren demokratischen Auftrag wahrnehmen können. Und ich bedanke mich natürlich bei meiner Familie, bei meinen Freundinnen für das immer da sein und immer unterstützen, und selbstverständlich ganz zum Schluss Euch, liebe Stadträt*innen, vielen herzlichen Dank. Es war mir eine riesige Ehre, dieses grossartige Parlament zu repräsentieren, und ich freue mich dann nächstes Jahr wieder mit euch zusammen zu diskutieren. Vielen herzlichen Dank. – Applaus.
Vielen Dank. Ich unterbreche es, damit wir pünktlich auf unseren BERNMOBIL können, denn wir haben nämlich heute noch vieles zu feiern. Wie gesagt, wir treffen uns unten, beim Haus, beim Extrabus. Der Bus fährt um 19.15 Uhr ab. Bitte kommt pünktlich und ich freue mich heute Abend noch mit Euch zu feiern. Bis später.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
1. Interpellation Oliver Berger (FDP), Ursula Stöckli (FDP): Warum kapitulierte Bernmobil im Schneechaos vom 21.11.24?
2. Motion Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Finanzkompetenz in Entscheidungsgremien der Stadt Bern!
3. Postulat Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Mitbestimmung der Bevölkerung zu Infrastrukturprojekten!
4. Interpellation Michael Ruefer (GFL), Katharina Gallizzi (GB), Ronja Rennenkampf (JA!): Nein zum Autobahn-Ausbau Grauholz: Was sind die Folgen für die Autobahnprojekte rund um und in der Stadt Bern?
5. Motion Paula Zysset (JUSO), Sofia Fisch (JUSO), Anna Jegher (JA!), Muriel Graf (AL): Aufsuchende Jugendarbeit in allen Quartieren und in der Innenstadt

6. Postulat Michael Ruefer (GFL): Transparente Mitwirkung zu 2. Tramachse: Stellungnahme BBL öffentlich machen
7. Postulat Matthias Humbel (GFL), Tanja Miljanovic (GFL): Vernünftige Verkehrsprüfung für den Langsamverkehr am Eigerplatz
8. Postulat Matthias Humbel (GFL), Michael Ruefer (GFL): Die Schwarztorstrasse als Allee gestalten?
9. Postulat Matthias Humbel (GFL), Michael Ruefer (GFL), Bettina Jans-Troxler (EVP): Velostrasse Schlösslistrasse unterbruchsfrei gestalten
10. Kleine Anfrage Matthias Humbel (GFL), Tanja Miljanovic (GFL): Hindernisse beim barrierefreien Zugang bei Bernmobil abbauen
11. Interpellation David Böhner (AL), Anna Leissing (GB), Barbara Keller (SP), Nora Joos (JA!), Sofia Fisch (JUSO), Matteo Micieli (PdA), Tanja Miljanovic (GFL): Warum ist die unterirdische Asylunterkunft in Brünnen noch immer in Betrieb?
12. Motion Fraktion AL/PdA (Raffael Joggi, AL/David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Muriel Graf, AL): Regelung zur Gesichtserkennung und Massenüberwachung
13. Postulat Yasmin Abdullahi (SP), Salome Mathys (GLP), Tom Berger (FDP), Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Öffnungszeiten in städtischen Schwimmbäder

Es wurden ausserdem folgende Anträge eingereicht:
1. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Tom Berger (FDP), Sibyl Eigenmann (Mitte): Einführung reduzierte Debatte
2. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Tom Berger (FDP), Raffael Joggi (AL): Anpassung der Verhandlungsordnung

Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.03.2025

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

05.03.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi